

ANTRAG

Antragsteller*in: *Lisa Ficzkó, Daniel Höllmüller, Alina Schlenz, Alexander Weyrosta, Alexander Newole, Tobias Karl-Ripper*

Tagesordnungspunkt: *12.1 Anträge zu den Rechtsnormen*

R1: Anzahl der Mitglieder des Landesvorstands

Antragstext

1 **Die Statuten der JUNOS lauten bislang:**

2 Der Landesvorstand besteht aus der Landesvorsitzenden, einer stellvertretenden
3 Landesvorsitzenden, der Landesgeschäftsführerin und bis zu drei weiteren
4 Vorstandsmitgliedern. Bei Landesverbänden mit über
5 100 Mitgliedern besteht der Landesvorstand aus bis zu vier weiteren, bei über
6 150 Mitgliedern aus bis zu fünf weiteren Vorstandsmitgliedern. Die genaue Anzahl
7 der weiteren Vorstandsmitglieder bestimmt die Landesvorsitzende nach
8 ihrer Wahl.

9 **Vorgeschlagen wird nachstehende Änderung:**

10 Der Landesvorstand besteht aus der Landesvorsitzenden, einer stellvertretenden
11 Landesvorsitzenden, der Landesgeschäftsführerin und bis zu drei weiteren
12 Vorstandsmitgliedern. Bei Landesverbänden mit über 100 Mitgliedern besteht der
13 Landesvorstand aus bis zu vier weiteren, bei über 150 Mitgliedern aus bis zu
14 fünf weiteren, und bei über 300 Mitgliedern aus bis zu sechs weiteren
15 Vorstandsmitgliedern. Die genaue Anzahl der weiteren Vorstandsmitglieder
16 bestimmt die Landesvorsitzende nach ihrer Wahl.

Begründung

Bei großen Landesverbänden ist die aktuelle Beschränkung auf maximal fünf weitere Vorstandsmitglieder nicht mehr ausreichend, um die anfallenden Aufgaben effektiv zu bewältigen. Daher wird beantragt, die Statuten entsprechend zu ändern, um die Handlungsfähigkeit durch eine bessere Aufgabenteilung und eine effizientere Gestaltung des Landesvorstands auch bei weiterem Mitgliederwachstum dauerhaft sicherzustellen.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Jakob Dirnböck, Julian Fritsch, Erik Baldassari, Luca Charamza, Laura Feldler, Lisa Ficzko, Lorenzo Friedli, Gabriel Gosch, Philipp Gruber, Fabian Haslwanter, Alexander Jeitler-Stehr, Konstantin Kudra, Fabienne Lackner, Marcus Lieder, Julian Pfurtscheller, Prisca Preiss, Sarah Sinkovits, Stephen Slager, Sophie Wotschke*

Tagesordnungspunkt: *12.1 Anträge zu den Rechtsnormen*

R2: Veranlagung von Vereinsvermögen

Antragstext

1 **Der § 3 Abs 3 des Statuts wird wie folgt geändert:**

2 *(3) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch*
3 *a. von den dazu berufenen Vereinsorganen festzulegende Mitgliedsbeiträge;*
4 *b. Spenden;*
5 *c. Förderungen;*
6 *d. Sammlungen;*
7 *e. Letztwillige Zuwendungen;*
8 *f. Erträge aus Veranstaltungen;*
9 *g. Sponsorings;*
10 *h. Erträge aus der Veranlagung des Vereinsvermögens;*
11 *i. zinslose Darlehen zur Liquiditätsstärkung.*

12 **Der § 1 Abs 1 der Finanzordnung wird wie folgt geändert:**

13 *(1) Der Verein Junge liberale NEOS – JUNOS (Im Folgenden „JUNOS“) deckt seine*
14 *Ausgaben aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Förderungen, Sammlungen, letztwilligen*
15 *Zuwendungen, Erträgen aus Veranstaltungen, Sponsorings, Erträgen aus der*
16 *Veranlagung des Vereinsvermögens sowie zinslosen Darlehen zur*
17 *Liquiditätsstärkung.*

18 **Nach § 7 der Finanzordnung wird folgender § 8 eingefügt:**

19 **§ 8 Veranlagung**

20 (1) Überschüssige Vereinsmittel, die nicht zur laufenden Erfüllung der
21 Vereinsaufgaben benötigt werden, dürfen veranlagt werden. Um die
22 Handlungsfähigkeit des Vereins nicht zu gefährden, müssen mindestens EUR 10.000
23 als Liquiditätsreserve auf dem laufenden Vereinskonto verbleiben.

24 (2) Über die Veranlagung entscheidet der Bundesvorstand mit Zweidrittelmehrheit.

25 (3) Die Veranlagung der über die Liquiditätsreserve gemäß Abs 1 hinausgehenden
26 Mittel erfolgt über eine inländische Depotstelle und nach folgender Staffelung:
27 a. weitere EUR 10.000 sind als kurzfristig verfügbare Reserve in Tagesgeld oder
28 vergleichbar liquiden, risikoarmen Produkten zu halten;
29 b. der verbleibende Teil darf in breit gestreute Finanzprodukte, insbesondere
30 ETFs, mit einem Anlagehorizont von zwei bis zehn Jahren veranlagt werden. Die
31 Veranlagung hat in jedem Fall breit diversifiziert zu erfolgen und darf den
32 Charakter des Vereins als nicht auf Gewinn gerichtete Organisation nicht
33 gefährden. Sie dient ausschließlich der Wertsicherung und langfristigen Mehrung
34 des Vereinsvermögens zum Erreichen des Vereinszwecks, nicht der spekulativen
35 Gewinnerzielung.

36 (4) Aus der Veranlagung entstehende Erträge sind ausschließlich für die
37 Erfüllung des Vereinszwecks einzusetzen und können reinvestiert oder in das
38 Vereinsvermögen zurückgeführt werden.

39 (5) Veranlagungen des Vereinsvermögens werden im Rechnungsabschluss offengelegt.

40 (6) Der verantwortungsbewusste und korrekte Umgang mit Vereinsmitteln im Rahmen
41 der Veranlagungen wird durch die Rechnungsprüfer kontrolliert.

42 **Der bisherige § 8 der Finanzordnung wird zu § 9, der bisherige § 9 zu § 10.**

ANTRAG

Antragsteller*in: *Bundesvorstand*

Tagesordnungspunkt: *12.2 Leitantrag des Bundesvorstands*

LA: Energiepolitik neu denken

Antragstext

1 Energie ist die Grundlage unseres Wohlstands, unserer Sicherheit und unserer
2 Freiheit. Sie entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, die
3 Stabilität unserer Versorgung und unseren Beitrag zum Klimaschutz. Österreich
4 steht dabei vor einem tiefgreifenden Wandel: Der Strombedarf wird sich bis 2040
5 nahezu verdoppeln, die Dekarbonisierung verlangt enorme Investitionen, und die
6 vergangenen Jahre haben gezeigt, wie verwundbar ein Energiesystem gegenüber
7 geopolitischen Abhängigkeiten sein kann. Auf diese Herausforderungen antworten
8 wir nicht mit ideologischen Vorfestlegungen, sondern mit einer liberalen,
9 evidenzbasierten Energiepolitik: marktwirtschaftlich statt von Dauersubventionen
10 getrieben, und europäisch statt kleinstaatlich gedacht.

11 **Liberaler Grundhaltung**

12 Liberale Energiepolitik bedeutet Technologieoffenheit statt Ideologie. Wir
13 bekennen uns zu einer evidenzbasierten, marktwirtschaftlichen und
14 sicherheitsorientierten Energiepolitik, die Versorgungssicherheit,
15 Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz gleichermaßen ernst nimmt.

16 **Versorgungssicherheit als Standortfrage**

17 Bis 2040 wird sich der Strombedarf in Österreich nahezu verdoppeln^[1] - bedingt
18 durch Elektrifizierung von Industrie, Mobilität und Wärme. Versorgungssicherheit
19 wird damit zu einer zentralen Frage für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und
20 soziale Stabilität.

21 Der Energiemarkt ist stark geopolitisch geprägt. Abhängigkeiten von Gasimporten
22 haben gezeigt, wie stark Energiepreise Inflation, wirtschaftliche Entwicklung
23 und politische Handlungsfähigkeit beeinflussen können. Wer unsere

24 **Energieversorgung** kontrolliert, beeinflusst unsere Volkswirtschaft, unsere
25 Wehrfähigkeit, unseren Wohlstand.

26 Wir wollen Österreich so unabhängig wie möglich machen. Vollständige Autarkie
27 ist unrealistisch – aber strategische Schwächen sind ebenso keine Option.
28 Liberale Energiepolitik muss daher Diversifizierung ermöglichen und
29 geopolitische Abhängigkeiten reduzieren.

30 **Marktwirtschaft statt Dauersubventionierung**

31 Unsere liberale Grundhaltung bleibt klar: Der Staat soll keine Energieform
32 dauerhaft privilegieren. Wir lehnen eine strukturelle Dauersubventionierung
33 einzelner Technologien ab.

34 Gleichzeitig müssen wir anerkennen: Der Energiemarkt ist bereits massiv
35 reguliert und verzerrt – durch Netztarife, Förderregime, Einspeisegarantien und
36 staatliche Infrastrukturfinanzierung. Nahezu jede Energieform profitiert heute
37 von politischen Rahmenbedingungen.

38 Technologieoffenheit bedeutet daher auch: Gleiche Maßstäbe für alle. Viele
39 Formen strategischer Energieinfrastruktur sind von hohen Anfangsinvestitionen
40 und langen Amortisationszeiten geprägt. Wenn der Staat bei Netzausbau,
41 Speichertechnologien oder erneuerbaren Energien Finanzierungsinstrumente
42 bereitstellt, dürfen diese nicht von vornherein auf einzelne Technologien
43 beschränkt werden.

44 Entscheidend sind transparente, befristete und wettbewerbsneutrale
45 Rahmenbedingungen. Auch Kernenergie darf dabei nicht kategorisch ausgeschlossen
46 werden.

47 Das heißt für uns:

- 48 • Wettbewerb statt politischer Bevorzugung einzelner Technologien.
- 49 • Keine Blankoschecks und keine dauerhaften Subventionsmodelle.
- 50 • Transparente, befristete und wettbewerbsneutrale Finanzierungsinstrumente
51 für strategische Infrastruktur.
- 52 • Klare Sicherheits-, Umwelt- und Haftungsregeln auf höchstem
53 internationalen Standard.

54 So viel Markt wie möglich – so viel Staat wie nötig.

55 **Sicherheit und Verantwortung**

56 Eine sichere Energieversorgung setzt hohe **technische**, organisatorische und
57 sicherheitspolitische Standards voraus. Der Schutz kritischer Infrastruktur hat
58 oberste Priorität – das gilt für Erzeugungsanlagen ebenso wie für Netze,
59 Speicher und digitale Infrastruktur.

60 Technologieoffenheit bedeutet auch Verantwortung: transparente Risikoabwägung,
61 wissenschaftliche Aufklärung und ehrliche Kommunikation gegenüber der
62 Bevölkerung.

63 **Klima- & Umweltaspekte**

64 Eine verantwortungsvolle Energiepolitik muss Klima- und Umweltfragen
65 ganzheitlich betrachten und dabei Treibhausgasreduktion und Energiesicherheit
66 als gemeinsame Ziele vereinen. Daher fordern wir eine Energieversorgung, die
67 langfristig klimaneutral, sicher und wirtschaftlich tragfähig ist. Dabei müssen
68 politische Entscheidungen auf wissenschaftlicher Evidenz und realistischen
69 Systemanalysen beruhen – nicht auf ideologischen Vorannahmen über einzelne
70 Technologien.

71 **Klimaschutz als zentrale Herausforderung**

72 Die größte klimapolitische Herausforderung unserer Zeit ist die Begrenzung des
73 globalen Temperaturanstiegs. Effektiver Klimaschutz erfordert daher eine rasche
74 Reduktion von Treibhausgasemissionen. Energiepolitische Entscheidungen müssen
75 daher auch daran gemessen werden, wie stark sie zur Senkung von CO₂-Emissionen
76 beitragen.

77 Die Dekarbonisierung des Energiesystems erfordert den Einsatz unterschiedlicher
78 CO₂-armer Technologien. Dazu zählen unter anderem Wasserkraft, Windenergie,
79 Solarenergie und Kernenergie. Internationale Studien zeigen, dass diese über
80 ihren gesamten Lebenszyklus hinweg deutlich geringere Emissionen verursachen als
81 fossile Energieträger. [\[2\]\[3\]](#)

82 Eine evidenzbasierte Klimapolitik darf daher einzelne CO₂-arme Energieformen
83 nicht pauschal bevorzugen. Stattdessen muss sie offen prüfen, welchen Beitrag
84 verschiedene Technologien zur Erreichung der Klimaziele leisten können.

85 **Realistische Betrachtung des Energiesystems**

86 Erneuerbare Energien sind ein zentraler Bestandteil eines klimaneutralen
87 Energiesystems. Gleichzeitig müssen wir ehrlich anerkennen, dass ein
88 Energiesystem, das ausschließlich auf erneuerbaren Quellen basiert, erhebliche
89 Herausforderungen hinsichtlich Netzstabilität, Speicherbedarf und
90 Flächenverbrauch mit sich bringt. Eine technologieoffene Energiepolitik sollte
91 daher prüfen, welche Rolle unterschiedliche CO₂-arme Energiequellen im
92 zukünftigen Energiemix spielen können.

93 Kernenergie kann in diesem Kontext ein stabilisierender Bestandteil eines
94 diversifizierten Energiesystems sein. Sie ist keine alleinige Lösung für die
95 Energie- oder Klimakrise, kann jedoch langfristig einen Teil der Versorgung
96 sichern und damit den Übergang zu einem klimaneutralen Energiesystem
97 unterstützen.

98 **Langfristige Perspektive statt kurzfristiger** 99 **Brückentechnologien**

100 Im Zuge der Energiewende wird häufig auf fossile Übergangstechnologien wie
101 Erdgas verwiesen. Diese können kurzfristig zur Stabilisierung der
102 Energieversorgung beitragen, bleiben jedoch fossile Energieträger mit
103 entsprechenden Emissionen.

104 Gerade bei neuen fossilen Infrastrukturprojekten stellt sich die Frage der
105 langfristigen Wirtschaftlichkeit: Investitionen müssen sich über mehrere
106 Jahrzehnte amortisieren. Vor dem Hintergrund ambitionierter Klimaziele bis 2050
107 ist daher zu prüfen, ob der Ausbau fossiler Fördertechnologien langfristig
108 wirtschaftlich und klimapolitisch sinnvoll ist.

109 Eine nachhaltige Energiepolitik sollte daher verstärkt auf Technologien setzen,
110 die auch in einem klimaneutralen Energiesystem langfristig Bestand haben können.

111 **Bestehende Kapazitäten nutzen**

112 In mehreren westlichen Staaten wurden in den vergangenen Jahren funktionierende
113 Kernkraftwerke stillgelegt. Gleichzeitig steigt der Bedarf an CO₂-armer Energie.

114 Eine rationale Klimapolitik sollte daher prüfen, ob bestehende und sichere
115 Anlagen länger betrieben oder wieder in Betrieb genommen werden können, sofern
116 dies technisch möglich und sicherheitspolitisch verantwortbar ist. Der

117 Weiterbetrieb vorhandener Infrastruktur kann kurzfristig zur Reduktion von
118 Emissionen beitragen und den Übergang zu einem klimaneutralen Energiesystem
119 erleichtern.

120 **Wirtschaft & Kosten**

121 Eine nachhaltige Energiepolitik muss auf Kostenwahrheit und effizienten Einsatz
122 von Ressourcen basieren. Politische Entscheidungen dürfen nicht durch verzerrte
123 Preissignale oder einseitige Förderregime beeinflusst werden, sondern müssen
124 sich an realen volkswirtschaftlichen Kosten orientieren.

125 **Kostenwahrheit und Transparenz**

126 Ziel einer liberalen Energiepolitik ist es, transparente und vergleichbare
127 Kostenstrukturen zwischen unterschiedlichen Energieformen zu schaffen. Derzeit
128 wird der Energiemarkt durch zahlreiche Eingriffe verzerrt – etwa durch
129 Förderungen, Steuervorteile oder regulatorische Vorgaben.

130 Eine sachliche energiepolitische Debatte erfordert daher eine ehrliche
131 Betrachtung der Gesamtkosten verschiedener Technologien, einschließlich:

- 132 • Investitionskosten
- 133 • Betriebskosten
- 134 • Systemkosten (Netzausbau, Speicher, Reservekapazitäten)
- 135 • Rückbau- und Entsorgungskosten
- 136 • externe Kosten, insbesondere von CO₂-Emissionen

137 Erst die Einpreisung externer Effekte schafft echte Kostenwahrheit und stellt
138 sicher, dass klimafreundliche Technologien im Wettbewerb nicht systematisch
139 benachteiligt werden. Nur auf Basis dieser Gesamtkosten kann eine fundierte
140 Entscheidung über den zukünftigen Energiemix getroffen werden.

141 **Finanzierung strategischer Energieinfrastruktur**

142 Energieinfrastruktur ist ein zentraler Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge.
143 Netze, Speicher und Kraftwerkskapazitäten sind langfristige Investitionen mit

144 hoher strategischer Bedeutung für Versorgungssicherheit und wirtschaftliche
145 Stabilität.

146 Grundsätzlich soll der Energiemarkt aus liberaler Perspektive vor allem auf
147 privaten Marktteilnehmern basieren und durch private Investitionen getragen
148 werden. Staatliche Eingriffe sind jedoch dort gerechtfertigt, wo:

- 149 • Versorgungssicherheit gefährdet ist,
- 150 • strategische Abhängigkeiten reduziert werden sollen,
- 151 • Marktmechanismen allein nicht ausreichend greifen.

152 In solchen Fällen kann eine zeitlich befristete und klar begründete staatliche
153 Kofinanzierung sinnvoll sein – insbesondere bei großen Infrastrukturprojekten
154 mit langfristigem Nutzen.

155 **Subventionen und Marktverzerrungen**

156 Marktverzerrungen entstehen nicht nur durch direkte Förderungen, sondern auch
157 durch bestehende steuerliche Begünstigungen. Zahlreiche dieser Förderungen
158 verzerren den Wettbewerb bereits heute – dazu zählen insbesondere
159 klimaschädliche Subventionen wie steuerliche Begünstigungen fossiler
160 Energieträger, etwa das sogenannte Dieselprivileg.

161 Aus umwelt- und wirtschaftspolitischer Sicht gilt daher:

- 162 • Schrittweise Abschaffung klimaschädlicher Subventionen,
- 163 • effiziente und zielgerichtete Verwendung öffentlicher Mittel,
- 164 • technologieoffene Förderinstrumente statt selektiver Einzelmaßnahmen.

165 **Strommarkt und Preisbildung**

166 Der europäische Strommarkt basiert auf dem Prinzip der **Merit-Order**, bei dem das
167 jeweils teuerste zur Deckung der Nachfrage benötigte Kraftwerk den Strompreis
168 bestimmt.

169 Dieses System hat sich grundsätzlich als effizient erwiesen, da es

170 kostengünstige Kraftwerke priorisiert und Wettbewerb ermöglicht. Gleichzeitig
171 hat die Energiekrise gezeigt, dass hohe Preise einzelner Energieträger –
172 insbesondere Gas – zu erheblichen Preissprüngen im gesamten Strommarkt führen
173 können.

174 Eine differenzierte Betrachtung ist daher notwendig. Einerseits sorgt das Merit-
175 Order-System für effiziente Allokation und Investitionssignale. Andererseits
176 stellt sich die Frage, wie Preisstabilität und Versorgungssicherheit in einem
177 zunehmend volatilen Energiesystem gewährleistet werden können.

178 Eine Abschaffung des Modells oder einen nationalen Alleingang aus der
179 gemeinsamen Preiszone lehnen wir ab. Das eigentliche Problem ist nicht das
180 Marktdesign, sondern die enge Kopplung von CO₂- und Strompreis: Setzt ein
181 fossiles Kraftwerk den Preis, schlagen dessen Emissionskosten auf den gesamten
182 Großhandelspreis durch und verteuern auch günstigen erneuerbaren Strom – das
183 belastet Haushalte und Industrie und verteuert genau jene Elektrifizierung, die
184 wir für die Dekarbonisierung brauchen.

185 Wir unterstützen daher den Vorschlag des WIFO, CO₂- und Strompreis gezielt
186 teilweise zu entkoppeln, statt das Marktmodell umzubauen oder den CO₂-Preis
187 abzuschaffen: In Stunden mit hohen Preisen soll der CO₂-Kostenanteil
188 herausgerechnet und an die Stromkundinnen und -kunden zurückgegeben werden,
189 während fossile Kraftwerke weiterhin den vollen CO₂-Preis tragen. Der CO₂-Preis
190 bleibt so als Lenkungsinstrument erhalten, die Investitionsanreize für
191 Erneuerbare müssen gewahrt bleiben – etwa über Schwellenwerte, Ausnahmen für
192 Neuanlagen oder Differenzverträge. Voraussetzung ist mehr Transparenz darüber,
193 welche Technologie den Preis setzt und welcher Anteil auf CO₂-Kosten entfällt;
194 verankert werden soll die Reform auf europäischer Ebene. [\[4\]](#)

195 **Europäische Perspektiven**

196 Energiepolitik ist längst keine rein nationale Angelegenheit mehr. Der
197 europäische Energiebinnenmarkt ist eng verflochten, und Entscheidungen einzelner
198 Staaten wirken sich unmittelbar auf Preise, Versorgungssicherheit und
199 Infrastruktur in anderen Ländern aus. Eine zukunftsorientierte Energiepolitik
200 muss daher konsequent europäisch gedacht werden.

201 **Energiebinnenmarkt und Integration**

202 Der europäische Strommarkt ist ein zentraler Bestandteil der Energieunion. Ziel
203 muss es sein, nationale Energiesysteme stärker zu integrieren und von isolierten
204 Strukturen zu einem funktionierenden gemeinsamen Binnenmarkt weiterzuentwickeln.

205 Dazu gehört insbesondere:

- 206 • der Ausbau grenzüberschreitender Stromtrassen,
- 207 • die Verbesserung von Grenzkapazitäten,
- 208 • eine stärkere Harmonisierung von Marktregeln.

209 Derzeit bestehen zwischen vielen Mitgliedstaaten noch unzureichende
210 Netzverbindungen. Diese Engpässe verhindern einen effizienten Stromhandel und
211 erhöhen die Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher. Der Ausbau von
212 Hochleistungsübertragungsleitungen – etwa in Form eines europäischen
213 Gleichstrom-„Stromhighways“ – ist daher ein zentraler Schritt hin zu einem
214 leistungsfähigen europäischen Energiesystem. Dadurch können Gebiete mit hoher
215 Erzeugung, etwa die Nordsee, effizient über lange Strecken mit den europäischen
216 Industriezentren verbunden werden.

217 Netzplanung sollte dabei bedarfsorientiert und systemisch erfolgen – nicht
218 entlang politischer Grenzen. Eine verbesserte europäische Koordinierung von
219 Infrastrukturprojekten ist notwendig, um Effizienzpotenziale zu heben und
220 Versorgungssicherheit zu stärken.

221 **Ideologiefreie Energiepolitik auf europäischer Ebene**

222 Die europäische Energiepolitik ist zunehmend durch gemeinsame regulatorische
223 Rahmenbedingungen geprägt. Dazu zählt insbesondere die Taxonomie-Verordnung der
224 Europäischen Union [\[5\]](#), die bestimmte Technologien als nachhaltig einstuft.

225 Die Einstufung von Kernenergie als nachhaltige Technologie [\[6\]](#) – etwa wenn hohe
226 Sicherheitsstandards eingehalten werden und ein Plan für die Endlagerung
227 vorliegt – ist aus Sicht einer technologieoffenen Klimapolitik nachvollziehbar.
228 Österreich sollte sich dieser Bewertung nicht länger grundsätzlich
229 entgegenstellen, sondern sich konstruktiv in die europäische Energiepolitik
230 einbringen.

231 Gleichzeitig zeigt die Entwicklung in Europa, dass unterschiedliche nationale
232 Strategien bestehen – etwa beim Weiterbetrieb oder der Abschaltung von
233 Kernkraftwerken. Eine funktionierende Energieunion muss diese Unterschiede
234 integrieren, anstatt sie zu blockieren. Vor diesem Hintergrund ist auch ein
235 pauschales, ideologisch motiviertes Technologieverbot in Österreich abzulehnen.
236 **Deshalb** setzen wir uns für die Abschaffung des **Bundesverfassungsgesetzes für ein**

237 **atomfreies Österreich** (BVG – Atomfreiheit) ein. Der Staat soll keine Energieform
238 dogmatisch ausschließen, sondern faire Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer
239 sich Technologien im Wettbewerb bewähren können.

240 **Verantwortung im Umgang mit radioaktivem Abfall**

241 Ein zentraler Umweltaspekt der Kernenergie ist der Umgang mit radioaktivem
242 Abfall. Die sichere Endlagerung stellt eine langfristige Verantwortung gegenüber
243 zukünftigen Generationen dar. Das Endlagerprojekt in **Finnland** gilt als weltweit
244 fortgeschrittenes Modell für die sichere geologische Tiefenlagerung
245 hochradioaktiver Abfälle.[\[7\]](#)

246 Wir halten es für sinnvoll, diese Frage stärker europäisch zu denken. Anstatt
247 jedes Land isoliert eigene Endlagerlösungen entwickeln zu lassen, könnten
248 gemeinsame europäische Lösungen Effizienz, Sicherheit und Akzeptanz erhöhen.
249 Auch marktwirtschaftliche Ansätze, etwa spezialisierte Betreiber für
250 Endlagerinfrastruktur, können dazu beitragen, Verantwortung und Kosten
251 transparent zu organisieren. Europäische Zusammenarbeit bedeutet gleichzeitig
252 nicht, dass Länder sich aus ihrem Teil der Verantwortung hinsichtlich der
253 Entsorgung entziehen können.

254 **Infrastruktur, Industrie und Wettbewerbsfähigkeit**

255 Ein leistungsfähiger europäischer Energiemarkt ist auch entscheidend für die
256 Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien. Diese sind auf stabile und
257 leistbare Energiepreise angewiesen.

258 Dazu braucht es:

- 259 • einen funktionierenden grenzüberschreitenden Stromhandel,
- 260 • ausreichende Netzkapazitäten,
- 261 • eine koordinierte europäische Infrastrukturplanung.

262 Langfristig sollte das Ziel ein integrierter europäischer Strommarkt mit
263 möglichst einheitlichen Preisstrukturen sein, der Investitionssicherheit schafft
264 und Wettbewerb fördert.

265 **Versorgungssicherheit und Resilienz**

266 Die vergangenen Krisen haben gezeigt, wie verwundbar Energiesysteme sein können.
267 Versorgungssicherheit muss daher stärker europäisch gedacht werden.

268 Das umfasst:

- 269 • gemeinsame Krisenvorsorge,
- 270 • Diversifizierung von Energiequellen,
- 271 • Sicherstellung kritischer Infrastruktur.

272 Auch Fragen wie die Anreicherung von Brennelementen oder der Zugang zu
273 strategischen Ressourcen sollten im europäischen Kontext betrachtet werden, um
274 Abhängigkeiten zu reduzieren und die Resilienz des Gesamtsystems zu erhöhen.

275 **Gemeinsame Klimapolitik**

276 Ein funktionierender europäischer Emissionshandel ist ein zentrales Instrument
277 für eine effektive Klimapolitik. Eine Aufweichung dieses Systems – etwa durch
278 dauerhafte Gratiszertifikate – würde seine Lenkungswirkung untergraben.

279 Wir bekennen uns daher zu:

- 280 • einem klaren Festhalten an ETS 1,
- 281 • der ehestmöglichen Einführung von ETS 2 ohne erneuten Aufschub,
- 282 • einem klaren Auslaufen von Gratiszertifikaten

283 und damit zu einer Stärkung marktwirtschaftlicher Klimainstrumente sowie einer
284 konsistenten Planungssicherheit und verlässlichen Regulierung.

285 **Internationale Rahmenbedingungen**

286 Internationale Abkommen wie der Energiecharta-Vertrag stehen zunehmend in der
287 Kritik, da sie nationale energiepolitische Gestaltungsspielräume einschränken
288 können. Eine kritische Neubewertung solcher Instrumente ist daher notwendig, um
289 eine moderne und flexible Energiepolitik zu ermöglichen.

290 Die Energiezukunft Europas liegt in einem integrierten, wettbewerblichen und
291 resilienten Energiesystem.

292 Wir wollen:

- 293 • einen funktionierenden europäischen Energiebinnenmarkt,
- 294 • mehr grenzüberschreitende Infrastruktur,
- 295 • technologieoffene Rahmenbedingungen,
- 296 • stabile und marktwirtschaftliche Preissignale.

297 Österreich soll sich aktiv an der Weiterentwicklung der europäischen
298 Energieunion beteiligen – nicht als Blockierer, sondern als gestaltender Partner
299 in einem gemeinsamen Energiesystem.

300 **Energiesystem in Österreich**

301 Um eine sichere, wettbewerbsfähige und leistbare Stromversorgung in Österreich
302 zu gewährleisten, braucht es klare Maßnahmen, die den Wettbewerb in der
303 Erzeugung und gleichzeitig die Resilienz der Stromnetze erhöhen. Die Erzeugung
304 sollte dabei stärker dem Wettbewerb unterliegen. Die Netze müssen als Teil der
305 kritischen Infrastruktur effizient, sicher und strategisch geplant werden.

306 **Transparenz und Wettbewerb**

307 Der Strommarkt in Österreich ist angebotsseitig fest in öffentlicher Hand –
308 sowohl der Länder als auch des Bundes. Die Einnahmen der Energieproduzenten
309 fließen damit via Dividendenausschüttungen direkt an die öffentliche Hand. Das
310 schafft ein indirektes Interesse an hohen Strompreisen: Hohe Energieerlöse
311 bedeuten mehr Budget, das politisch nach Gutdünken wieder verteilt werden kann.

312 Gleichzeitig agieren die Energieversorger heute als Quasi-Monopolisten: In ihrem
313 jeweiligen Bundesland sind sie weitgehend ohne echte Konkurrenz, und durch
314 wechselseitige Beteiligungen – die einzelnen Landesversorger halten Anteile
315 aneinander – ist ein verflochtenes, de facto monopolistisches System entstanden.
316 Diese Struktur schützt die Anbieter vor Wettbewerb, sichert der Politik Einfluss
317 und Einnahmen und geht auf Kosten der Konsumentinnen und Konsumenten in Form von
318 überhöhten Preisen.

319 Um echten Wettbewerb und Transparenz zu ermöglichen, braucht es daher zunächst
320 eine Entflechtung der Eigentumsverhältnisse: Die wechselseitigen Beteiligungen
321 der Energieversorger aneinander sind aufzulösen. In einem zweiten Schritt sollen
322 öffentliche Beteiligungen an Energieerzeugern schrittweise privatisiert werden,
323 um Wettbewerb, Transparenz und faire Preise zu stärken.

324 Parallel dazu ist eine klare Trennung von Energieerzeugung und Netzbetrieb
325 voranzutreiben. Die Stromnetze sollen als kritische Infrastruktur in eine
326 unabhängige öffentliche Infrastrukturgesellschaft überführt werden – mit dem
327 Ziel einer koordinierten, transparenten Netzplanung im gesamtstaatlichen
328 Interesse, frei von den Partikularinteressen der Länder.

329 **Schnellere Genehmigungen und weniger Bürokratie**

330 Eine sichere und nachhaltige Energieversorgung erfordert Investitionen. Diese
331 Investitionen scheitern jedoch häufig nicht an fehlendem Kapital oder mangelnder
332 Technologie, sondern an überlangen Verfahren und komplexen Zuständigkeiten.

333 Wir fordern daher eine umfassende Modernisierung und Digitalisierung von
334 Genehmigungsprozessen im Energiebereich. Dazu gehören:

- 335 • vereinfachte Genehmigungsverfahren für Photovoltaikanlagen sowie kleine
336 Speicheranlagen,
- 337 • die vollständige Digitalisierung von Genehmigungs- und Anzeigeverfahren,
- 338 • die Schaffung eines One-Stop-Shops für Energieprojekte als zentrale
339 Anlaufstelle für Antragstellerinnen und Antragsteller,
- 340 • einheitliche Register und Datenbanken, um Mehrfachmeldungen und
341 Doppelgleisigkeiten zu vermeiden,
- 342 • eine verpflichtende Vollständigkeitsprüfung von Anträgen innerhalb von
343 zwei Wochen nach Einbringung.

344 Antragstellerinnen und Antragsteller sollen jederzeit nachvollziehen können, in
345 welchem Stadium sich ihr Verfahren befindet. Der Stand eines Verfahrens muss
346 digital abrufbar sein und transparente Bearbeitungsfristen aufweisen.

347 Unser Ziel sind nicht starre gesetzliche Maximalfristen, sondern effiziente,
348 transparente und nachvollziehbare Verfahren, die Rechtssicherheit schaffen und

349 Investitionen ermöglichen.

350 **Ausbau erneuerbarer Energien ermöglichen**

351 Technologieoffenheit bedeutet, jeder CO₂-armen Technologie eine faire Chance zu
352 geben. Die größten praktischen Hürden bestehen derzeit beim Ausbau erneuerbarer
353 Energien – hier bekennen wir uns zu einem ambitionierten Ausbau. Ein bloßes
354 politisches Bekenntnis reicht jedoch nicht aus. Entscheidend ist, dass Projekte
355 tatsächlich umgesetzt werden können.

356 Gerade bei der Windkraft bestehen in Österreich weiterhin erhebliche Hürden.
357 Langwierige Genehmigungsverfahren, uneinheitliche Raumordnungsbestimmungen und
358 fehlende Planungssicherheit verzögern den Ausbau dringend benötigter
359 Erzeugungskapazitäten. Wir sprechen uns daher für die Ausweisung geeigneter
360 Potenzialzonen für Windkraft aus. In diesen Gebieten sollen Planungssicherheit
361 erhöht und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden, ohne dabei Umwelt- und
362 Sicherheitsstandards zu senken. In Bundesländern, in denen Zonierungsgesetze den
363 Bau von Windkraftwerken erschweren, sollen diese gelockert werden. [\[8\]](#)

364 Gleichzeitig muss der Ausbau bestehender Infrastruktur stärker berücksichtigt
365 werden. Bestehende Standorte bieten häufig die Möglichkeit, zusätzliche
366 Kapazitäten mit geringeren Eingriffen in Natur und Landschaft zu schaffen.
367 Projekte wie der Ausbau bestehender Kraftwerksstandorte zeigen, dass die Nutzung
368 vorhandener Infrastruktur oftmals effizienter und ressourcenschonender ist als
369 die vollständige Neuerschließung von Standorten.

370 Der Ausbau erneuerbarer Energien darf nicht an bürokratischen Hürden scheitern.
371 Wer mehr erneuerbare Energie will, muss auch die Voraussetzungen für deren
372 Umsetzung schaffen.

373 **Ausbau der Netze**

374 Der Ausbau erneuerbarer Energien stellt die Stromnetze vor große
375 Herausforderungen. Besonders Photovoltaik führt zu starken Einspeisespitzen
376 während des Tages, während in den Abend- und Nachtstunden deutlich weniger Strom
377 erzeugt wird. Gleichzeitig kann es im Winter zu längeren Phasen geringer Wind-
378 und Solarstromproduktion kommen. In solchen Dunkelflauten müssen ausreichend
379 gesicherte Erzeugungskapazitäten, Speicher und Importmöglichkeiten zur Verfügung
380 stehen.

381 Diese Entwicklungen erhöhen den Bedarf an Netzausbau, Speicherlösungen und
382 flexibler Steuerung des Stromsystems. Netzengpässe führen bereits heute zu

383 teuren Redispatch-Maßnahmen, bei denen Kraftwerke gezielt hoch- oder
384 heruntergefahren werden müssen, um die Stabilität des Stromnetzes zu sichern.

385 Um dem entgegenzuwirken, fordern wir:

- 386 • Bei der Neuinstallation von Erzeugungskapazitäten über 20 kWp soll stärker
387 auf Netzdienlichkeit geachtet werden. Neue Anlagen sollen dort errichtet
388 werden, wo sie sinnvoll in das bestehende Netz integriert werden können.

- 389 • Der Ausbau von Speichermöglichkeiten soll deutlich beschleunigt werden.
390 Insbesondere Batteriespeicher und Pumpspeicher können helfen, kurzfristige
391 Einspeisespitzen aufzunehmen und Netzengpässe zu reduzieren.

- 392 • Stromüberschüsse sollen durch Speicher, flexible Verbraucher und
393 Lastmanagement besser genutzt werden, anstatt durch Abregelung oder teure
394 Redispatch-Maßnahmen verloren zu gehen.

- 395 • Für den Winter müssen ausreichend wetterunabhängige Erzeugungskapazitäten
396 vorgehalten werden. Dadurch soll die Versorgung auch in Dunkelflauten
397 gewährleistet bleiben.

- 398 • Der Netzausbau muss schneller, koordinierter und transparenter erfolgen.
399 Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden.

400 **Netzentgelte und intelligente Systemanreize**

401 Die Struktur der Netzentgelte muss den Anforderungen eines modernen
402 Energiesystems angepasst werden. Ziel muss es sein, Netzkapazitäten effizient zu
403 nutzen, Investitionen in neue Erzeugungsanlagen zu erleichtern und gleichzeitig
404 die Stabilität des Gesamtsystems zu gewährleisten.

405 Wir sprechen uns daher gegen einspeiseseitige Netzentgelte aus. Wer Strom
406 produziert und in das Netz einspeist, trägt zur Versorgungssicherheit und zum
407 Wettbewerb am Energiemarkt bei. Zusätzliche Belastungen auf die Einspeisung
408 setzen Fehlanreize und erschweren insbesondere den Ausbau neuer
409 Erzeugungskapazitäten.

410 Auch technologiespezifische Sonderbelastungen lehnen wir ab. Insbesondere
411 zusätzliche Netzentgelte für Biogas verzerren den Wettbewerb zwischen
412 verschiedenen Energieformen und erschweren die Nutzung vorhandener Potenziale.
413 Förderungen und Abgaben sollen technologieübergreifend, transparent und nach

414 klaren Kriterien ausgestaltet werden.

415 Gleichzeitig müssen Netzentgelte stärker dazu beitragen, vorhandene
416 Infrastruktur effizient auszulasten. Wir unterstützen daher die Einführung
417 dynamischer Netzentgelte. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen durch
418 Preissignale dazu motiviert werden, ihren Stromverbrauch verstärkt in Zeiten
419 hoher Stromerzeugung und geringer Netzauslastung zu verlagern. Dies reduziert
420 Lastspitzen, senkt den Ausbaubedarf der Netze und verbessert die Integration
421 erneuerbarer Energien in das Stromsystem.

422 Ein modernes Energiesystem braucht nicht nur neue Infrastruktur, sondern auch
423 intelligente Anreize für deren effiziente Nutzung.

424 **Intelligente Netze und zielgerichtete Förderungen**

425 Die Energiewende verändert nicht nur die Stromerzeugung, sondern auch die
426 Anforderungen an die Netzinfrastuktur. Zunehmend dezentrale Erzeugung durch
427 Photovoltaik, Batteriespeicher und regionale Energiegemeinschaften erfordert
428 intelligente und flexible Stromnetze.

429 Wir unterstützen daher den Ausbau sogenannter Smart Grids. Intelligente Netze
430 ermöglichen eine effizientere Nutzung bestehender Infrastruktur, reduzieren
431 Netzengpässe und erleichtern die Integration dezentraler Erzeugungsanlagen.

432 Gleichzeitig müssen bestehende Förderlandschaften kritisch überprüft werden.
433 Förderungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sind häufig unübersichtlich
434 und führen teilweise zu Doppel- oder Überförderungen.

435 Wir setzen uns daher für eine Vereinheitlichung und regelmäßige Evaluierung von
436 Energieförderungen ein. Ziel muss es sein, wirksame Anreize für Investitionen zu
437 schaffen, ohne Marktverzerrungen oder Mitnahmeeffekte zu fördern. Öffentliche
438 Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Beitrag zu
439 Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Innovation leisten.

440 **Gas selber fördern statt importieren**

441 Erdgas wird mittelfristig weiterhin eine Rolle für Industrie und gesicherte
442 Stromerzeugung spielen. Ziel muss es daher sein, Abhängigkeiten von autoritären
443 Regimen zu reduzieren und die Versorgung breiter aufzustellen.

444 Wo Alternativen verfügbar sind, sollen diese genutzt werden. Dort, wo Erdgas

445 kurzfristig noch notwendig ist, sollen heimische Potenziale genutzt und
446 Bezugsquellen diversifiziert werden. Versorgungssicherheit ist wichtiger als
447 ideologische Scheuklappen.

448 Daher fordern wir, dass Österreich in der Gasproduktion so autark wie möglich
449 wird. Das bedeutet, dass Gas, welches in österreichischen Lagerstätten vorhanden
450 ist, gefördert werden soll. Dabei sollen moderne und sichere Verfahren zur
451 Anwendung kommen, die die Umweltbelastung auf ein Minimum reduzieren, wie etwa
452 das Clean-Fracking-Verfahren der Montanuni Leoben, das gänzlich ohne Chemikalien
453 zur Erdgasförderung auskommt. [\[9\]](#)

454 *Durch Annahme dieses Antrags wird der Beschluss „Nukleartechnologie – Mehr*
455 *Sachlichkeit im Sinne der Forschung“ des XIV. Bundeskongresses in Linz*
456 *aufgehoben.*

457 *Durch Annahme dieses Antrags wird der Beschluss „In Freiheit geeint – Unser Weg*
458 *zu einem neuen europäischen Frieden!“ des XXV. Bundeskongresses in Graz wie*
459 *folgt geändert: Im Satz „Um diese gewaltige Transformation zu gewährleisten,*
460 *sprechen wir uns für den mittelfristigen Weiterbetrieb von Kernkraftwerken in*
461 *Europa aus, sofern sie den strengen Sicherheitsstandards der IAEA entsprechen,*
462 *regelmäßig kontrolliert und saniert werden.“ entfällt das Wort*
463 *„mittelfristigen“.*

464 [\[1\]](#) Oesterreichs Energie | 21.09.2022 | [Doppelter Stromverbrauch bis 2040](#)

465 [\[2\]](#) Intergovernmental Panel on Climate Change | 14.04.2014 | [Annex III:
466 Technology-specific cost and performance parameters](#)

467 [\[3\]](#) United Nations Economic Commission for Europe | 29.10.2021 | [Carbon
468 Neutrality in the UNECE Region: Integrated Life-cycle Assessment of Electricity
469 Sources](#)

470 [\[4\]](#) WIFO – Finster, Kasberger, Rütten | 17.04.2026 | [High Electricity Prices
471 Despite Cheap Renewables? A Proposal to Partially Decouple CO2 and Electricity
472 Prices](#)

473 [\[5\]](#) Europäische Union | 22.06.2020 | [Verordnung \(EU\) 2020/852 über die
474 Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen](#)

475 [\[6\]](#) Europäische Union | 15.07.2022 | [Delegierte Verordnung \(EU\) 2021/2139
476 \(Ergänzung um Wirtschaftstätigkeiten in bestimmten Energiesektoren\)](#)

477 [\[7\]](#) Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung | [Endlager in Finnland](#)

478 [\[8\]Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich](#), beschlossen
479 durch den XXVIII. Bundeskongress in Linz

480 [\[9\]](#) FAZ.net | 02.05.2022 | [Erdgasförderung geht auch umweltschonend](#)

ANTRAG

Antragsteller*in: Gabriel Paulus, Oleksa Woloschtschuk, Marvin Feigl, Doris Gherasim

Tagesordnungspunkt: 12.3 Allgemeine Anträge

A1: Demography is destiny - für einen liberalen Pronatalismus!

Antragstext

1 Demography is destiny - und niedrige Geburtenraten drohen, zum gefährlichsten
2 globalen Supertrend des 21. Jahrhunderts zu werden.

3 Die Geburtenrate in Österreich und der EU befindet sich auf einem historisch
4 niedrigen Niveau. Diese Entwicklung muss ausgebremsst werden. Dabei darf das
5 Thema nicht von ideologischen Extrempositionen vereinnahmt werden, die Freiheit
6 einschränken oder gesellschaftliche Spaltungen vertiefen. Nur breiter
7 gesellschaftlicher Konsens und die Wahrung der Freiheit des Einzelnen wird eine
8 nachhaltige Trendwende erlauben. Daher müssen wir auf positive Anreize und
9 Bewusstseinsbildung setzen, um eine freie und familienfreundliche Zukunft zu
10 gestalten.

11 Der globale Einbruch

12 Wie steht es um die Geburtenzahlen in Österreich, Europa und global? In
13 Österreich liegt die Geburtenrate im Jahr 2024 bei ca. 1,32 Kindern pro
14 Frau,^[11] weit unterhalb des für den Bevölkerungserhalt nötigen Wertes von
15 2,1. Dies spiegelt die allgemeine Lage in Europa wieder, wobei auch viele
16 Länder mit traditionell höheren Geburtenraten wie die Türkei (1,5)^[12] und
17 Indien (1,9)^[13] ähnliche Rückgänge verzeichnen. Derzeit entsteht 90% des
18 globalen BIP - und wohl auch der globalen Innovation - in Ländern mit einer
19 Geburtenrate unter 2.^[14] Besonders bedrohlich ist vor allem auch die
20 Geschwindigkeit des globalen Geburteneinbruchs: So fiel allein zwischen 2015 und
21 2023 die Geburtenrate in Chile von 1,78 auf 1,14, in Großbritannien von 1,79
22 auf 1,45, in Argentinien von 2,24 auf 1,35 oder in Südkorea von 1,24 auf
23 0,72.^[15] Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Hingegen werden höhere
24 Geburtenüberschüsse nach wie vor insbesondere in Sub-Sahara-Afrika sowie
25 Zentralasien verzeichnet.

26 **Risiken und Auswirkungen einer niedrigen Geburtenrate**

27 Eine niedrige Geburtenrate bedroht langfristig die ökonomische Stabilität und
28 Innovationskraft einer Gesellschaft. Für Europa geht es nicht nur um die
29 Finanzierbarkeit von Rentensystemen, sondern auch um die Frage, ob unsere
30 Gesellschaft in der Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch bestehen
31 kann. Während sich im Jahre 1900 der Anteil Europas an der Weltbevölkerung
32 noch auf 25% belief, wird dieser bereits im Jahr 2050 voraussichtlich auf unter
33 7,5% sinken.^[6]

- 34 • Es ist klar, dass niedrige Geburtenraten in der EU in keinem Fall durch
35 mehr Einwanderung kompensiert werden können. Zum einen wird sich der
36 Mangel an Menschen allein in Europa auf hunderte Millionen Menschen
37 belaufen. Auch in anderen Ländern/Regionen mit sehr niedrigen
38 Geburtenraten wie der VR China, Westasien oder dem gesamten amerikanischen
39 Kontinent wird der wirtschaftliche Druck zur Aufnahme größerer Zahlen
40 von Einwanderern oder temporären Arbeitskräften steigern, während die
41 Länder mit Arbeitskräfteüberschuss immer weniger werden.
- 42 • Darüber hinaus ist anzuerkennen, dass die Aufnahme einer kritischen
43 Anzahl an Einwanderern, insbesondere jenen aus kulturell weiter entfernten
44 Regionen, in Europa bereits jetzt zu großen politischen Spannungen führt
45 und weder als wirtschaftlich noch gesellschaftlich nachhaltig betrachtet
46 werden kann.
- 47 • Im Ergebnis ist die Tendenz eines globalen Bedeutungsverlusts liberaler
48 Demokratien und Bevölkerungsgruppen vis-à-vis "konservativerer" und
49 kinderreicherer Länder und Bevölkerungsgruppen sowohl global als auch
50 landesintern anzuerkennen.

51 **Maßnahmen für eine demographische Erneuerung**

52 Wir setzen uns dafür ein, Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate zu
53 ergreifen, die auf wirtschaftliche Anreize und eine höhere gesellschaftliche
54 Wertschätzung von Eltern abzielen. Anzuerkennen ist, dass die Geburtenrate in
55 deutlich höherem Maß von gesellschaftlichen als von wirtschaftlichen Faktoren
56 abhängig ist. Dennoch kann auch durch wirtschaftliche Anreize zumindest ein
57 wichtiger, erster Schritt zur Ausbremsung des aktuellen Trends gesetzt werden.
58 Langfristig ist jedoch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung für Familien
59 anzustreben.

60 Die Geburt eines Kindes bewirkt enorme positive Externalitäten für die

61 Gesellschaft, leider aber hohe Kosten bei den Erziehungspflichtigen. Es ist die
62 Aufgabe liberaler Politik, diese Art von Marktversagen zu adressieren. Mögliche
63 wirtschaftliche Maßnahmen zum Ausgleich dieses Ungleichgewichts sind z.B.

- 64 • Steuersenkungen und/oder Steuersplitting für beide
65 Erziehungsberechtigten, z.B. nach französischem Vorbild. Dadurch soll
66 insbesondere die arbeitende Mittelschicht entlastet werden;
- 67 • die Vergabe von großzügigen zinsfreien Wohnraumkrediten pro Kind, je
68 nach örtlichen Umständen;
- 69 • der Ausbau von Betreuungsangeboten;
- 70 • Flexibilisierung (im weiteren Sinne) der Arbeitswelt, damit Eltern Beruf
71 und Familie besser vereinbaren können, beispielsweise in Hinblick auf
72 Elternkarenz, Home Office, Arbeitszeitflexibilisierung und weiteren. Dabei
73 ist uns wichtig, dass Angebote gleichermaßen von Müttern und Vätern
74 angenommen werden können. Generell sollen derartige Angebote die
75 persönliche und unternehmerische Freiheit erhöhen.

76 Weitere nicht-wirtschaftliche Maßnahmen inkludieren:

- 77 • Aufklärung über Fertilität für junge Menschen, um eine realistische
78 Erwartungshaltung hinsichtlich der eigenen Fertilität sowie der Chancen
79 und Grenzen technischer Hilfsmaßnahmen zu schaffen. Studien zeigen, dass
80 junge Menschen tendenziell ihre Fertilität stark überschätzen.¹⁷¹
- 81 • Eine allgemeine Bewusstseinsbildung über die Bedeutung dieses Themas für
82 unsere Gesellschaft. Im Idealfall sollte dies auch zu einer höheren
83 gesellschaftlichen Anerkennung für die Elternrolle, insb. für Mütter,
84 führen. Es ist anzunehmen, dass der „kulturelle“ Faktor das größte
85 Potenzial für eine demographische Trendwende bietet.

86 Wir lehnen konsequent Maßnahmen ab, die die individuelle Freiheit einschränken
87 oder stark polarisierende moralische Debatten entfachen. Dies wäre z.B. bei
88 Einschränkungen des Zugangs zu Abtreibungen, dem zwanghaften Versuch der
89 Rückgängigmachung der erhöhten Arbeitsmarktintegration von Frauen oder der
90 Benutzung historisch behafteter bzw auf sonstige Weise spalterischer Rhetorik
91 der Fall. Solche Maßnahmen würden nur zu starken gesellschaftlichen Spaltungen
92 und einer Gegenreaktion führen, die das eigentliche Ziel der Geburtensteigerung
93 konterkarieren würde. Stattdessen müssen wir auf einen breiten
94 gesellschaftlichen Konsens setzen, der die individuelle Freiheit vergrößert

95 und positiv besetzt ist.

96 So zeigen Studien aus Spanien,^[81] dass die gewünschte Anzahl an Kindern hoch
97 genug ist, um eine stabile Bevölkerung zu gewährleisten. Das Ziel darf damit
98 auf keinen Fall das „Aufdrängen“ einer Elternrolle in Fällen sein, in
99 denen diese ausdrücklich nicht gewünscht oder möglich ist. Vielmehr ist es
100 das Ziel, die Steine aus dem Weg räumen, die aktuell den Kinderwunsch oder den
101 Wunsch nach einer höheren Kinderanzahl erschweren.

102 **Für einen liberalen Pronatalismus!**

103 Die Steigerung der Geburtenrate in der EU ist ein gemeinsames Interesse aller
104 Menschen, die sich ein stabiles und starkes Europa wünschen. Unsere Vision ist
105 eine Gesellschaft, die die Gründung und den Erhalt von Familien aktiv
106 unterstützt, ohne dabei individuelle Freiheiten zu beschneiden. Ein liberaler
107 Pronatalismus, der das Schaffen von Möglichkeiten und nicht das Einschränken
108 von Rechten in den Vordergrund stellt, ist entscheidend – durch
109 wirtschaftliche Anreize, kulturelle Wertschätzung und positive Zukunftsbilder.
110 Nur so können wir langfristig wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden
111 sichern.

112 ^[11] [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217432/umfrage/fertilitaetsrat-
113 e-in-oesterreich/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217432/umfrage/fertilitaetsrate-in-oesterreich/)

114 ^[12] [https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2024-08-07/turkey-a-
115 looming-demographic-crisis](https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2024-08-07/turkey-a-looming-demographic-crisis)

116 ^[13] <https://www.cia.gov/the-world-factbook/field/total-fertility-rate/>

117 ^[14] <https://x.com/MoreBirths/status/1793394520727429326>

118 ^[15] <https://x.com/MoreBirths/status/1821360554293825719>

119 ^[16] <https://www.theworldcounts.com/populations/continents/europe>

120 ^[17] <https://x.com/MoreBirths/status/1803038097636024594>

121 ^[18] <https://www.demographic-research.org/volumes/vol51/19/51-19.pdf>

ANTRAG

Antragsteller*in: Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske

Tagesordnungspunkt: 12.3 Allgemeine Anträge

A2: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

Antragstext

1 Uns, den JUNOS - Junge Liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft
2 nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des
3 Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise
4 abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen
5 mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst
6 umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden
7 belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in
8 absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen - der
9 Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige
10 Investitionen benötigen wird.

11 Ausgangslage:

12 Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine
13 Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und
14 Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich
15 der Staat in Krisen ausweitet und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht
16 nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes
17 „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar: Die
18 Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in ihrem
19 Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit vieler
20 Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung aktuell einen
21 starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des Landes noch immer
22 bei jedem Problemchen nach dem Staat.

23 Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und
24 das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige
25 Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise
26 profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle

27 Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

28 Aktuelle Situation:

29 Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender
30 Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen
31 vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in den
32 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam, ist
33 die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der
34 Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich
35 davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal
36 Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu
37 zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation
38 in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

39 Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen
40 Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wenngleich der
41 Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie
42 müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen. Aktuelle
43 Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre Zinssätze
44 erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine verantwortungsvolle
45 Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu gehört nicht, dass die
46 Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert oder den Schuldenberg
47 durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste Einnahmen- und
48 Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige Zentralbank, die
49 sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso einen Staat, der
50 genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt. Denn ein Staat,
51 der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die Inflation weiter an.
52 Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder abbauen wird.

53 (https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158)

54 (<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>)

55 Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl
56 Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal
57 scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

58 **1. Nationalstaatliche Ebene:**

59 Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu
60 ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation

61 durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen
62 und werden von internationalen Forschungsinstituten wie etwa dem IWF kritisiert.
63 Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten
64 Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das
65 Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die
66 Inflation nur noch weiter an.

67 Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen,
68 müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit
69 der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den
70 Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

71 **2. EZB:**

72 Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in
73 Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die Zentralbank,
74 die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu realisieren. Auch
75 danach verhinderte ihr zaghaftes Verhalten eine zeitgerechte Anhebung des
76 Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB setzte ihre
77 Glaubwürdigkeit aufs Spiel. ([https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-
78 whypi.pdf](https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whypi.pdf)) Der Euro hat deshalb im vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen
79 Währungen, wie etwa dem Dollar oder dem Schweizer Franken, abgewertet. Die
80 gemeinsame Währung ist durch das zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden,
81 wodurch zusätzliche Inflation importiert wird.

82 **Forderungen:**

83 Die JUNOS - Junge Liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang
84 mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein
85 vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

86 **Nationalstaatliche Ebene:**

- 87 • Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression
88 oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-
89 Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich.
90 Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im
91 Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren,
92 effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das
93 passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa
94 der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern
95 z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits
96 bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur

97 die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation
98 kontraproduktiv.

- 99 • Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die
100 Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente
101 Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.

- 102 • Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte
103 „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen.
104 Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die
105 Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.

- 106 • Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel-
107 und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum
108 einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland
109 zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel
110 entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss
111 auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine
112 Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den
113 Klimawandel notwendig - sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck,
114 der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.

- 115 • Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten,
116 sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche
117 Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.

- 118 • Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS gefordert,
119 ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise
120 glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

121 **EU-Ebene:**

- 122 • Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines
123 Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in
124 der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen.
125 Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während
126 Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten
127 Knappheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele
128 vorzuziehen.

- 129 • Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute
130 Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen

131 für die Union zu beschaffen.

- 132 • Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise
133 sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden.
134 Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln
135 bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.

136 **EZB:**

- 137 • Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits,
138 wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei
139 Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf
140 die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit
141 aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders
142 wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die
143 Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent
144 bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch
145 länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.
- 146 • Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche
147 Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem
148 Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.
- 149 • Wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich
150 die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität
151 fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine
152 Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu
153 hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde.
154 Dieses Problem der "fiskalischen Dominanz", in welcher sich die
155 Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden
156 werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: Julian Fritsch

Tagesordnungspunkt: 12.3 Allgemeine Anträge

A3: Zerschlagung des Notariatskartells

Antragstext

1 Wie viele Bestandteile des österreichischen Rechts- und Verwaltungssystems ist
2 auch das Notariatswesen in vielerlei Hinsicht veraltet und überbordend
3 bürokratisch. Während es in anderen Ländern nicht einmal überall Notar:innen
4 gibt, ist in Österreich die notarielle Einbindung in unterschiedlichen Bereichen
5 oft sogar vorgeschrieben, was für die Menschen mitunter zu einem hohen
6 organisatorischen Aufwand und erheblichen Kosten führt.

7 **Abschaffung der Notariatspflicht**

8 Unternehmensgründungen, Immobiliengeschäfte und Vorsorgevollmachten haben eines
9 gemeinsam: Sie bedürfen der notariellen Einbindung. Obwohl sich heutzutage viele
10 Betroffene lieber durch ihre:n Rechtsanwält:in beraten lassen, ist zumindest
11 formal die Einbeziehung einer Notarin oder eines Notars notwendig.

12 **Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern den weitgehenden Entfall der**
13 **verpflichtenden notariellen Einbindung**, um etwa Gründungsprozesse zu
14 vereinfachen und entbehrliche bürokratische wie finanzielle Hürden abzubauen.
15 Notar:innen sollen sich im Bereich der Rechtsberatung einem fairen Wettbewerb
16 stellen müssen und nicht länger einen Vorteil durch gesetzliche Vorgaben
17 genießen.

18 Zudem sollen Möglichkeiten geprüft werden, **um einen einfachen Zugang zu**
19 **elektronischen Beglaubigungen ohne Einbindung eines/einer Notar:in zu schaffen.**

20 **Moderne Dienstleister:innen**

21 Da Notar:innen derzeit in vielen Belangen hinzugezogen werden müssen, sind diese
22 oft überlastet, was für Mandant:innen zu einer erhöhten zeitlichen wie

23 finanziellen Belastung führt. Im Vergleich zu anderen Branchen sind notarielle
24 Dienstleistungen noch sehr traditionell und wenig an die digitale Realität des
25 21. Jahrhunderts angepasst.

26 Um notarielle Leistungen besser zugänglich zu machen, **sollen digitale**
27 **Notariatsdienste ermöglicht und ausgebaut werden.** Insbesondere soll die
28 Möglichkeit des digitalen Notariatsakts auf alle Rechtsbereiche ausgeweitet
29 werden. Private Initiativen zur Digitalisierung des Notariatswesens sind aus
30 unserer Sicht zu begrüßen.

31 Notargebühren bemessen sich etwa bei der Beglaubigung von Immobilien-
32 Kaufverträgen und Grundbucheintragungen nicht an der Leistung des/der Notar:in,
33 sondern am Kaufpreis der Immobilie. Obwohl der Aufwand sich für den/die Notar:in
34 nicht unterscheidet, steigen die absoluten Kosten für die Klient:innen mit dem
35 Preis der Immobilie enorm. **Wir fordern daher die Entkoppelung der Notarkosten**
36 **vom Immobilienwert.**

37 **Außerdem treten wir für eine Abschaffung aller Gebühren auf schriftliche**
38 **Verträge ein,** um notarielle Leistungen günstiger zu machen und Bürger:innen
39 sowie Unternehmen zu entlasten.

40 **Deregulierung und Harmonisierung**

41 Das Notariatswesen ist aktuell auch insofern stark reguliert, dass es nur eine
42 begrenzte Menge an Notariatsstellen gibt, deren Lage an bestimmte
43 Notariatssprengel gebunden ist. Möglichkeiten werden hier nicht durch Wettbewerb
44 geschaffen, sondern auf dem Verordnungsweg durch die Regierung eingeschränkt.

45 Um den Wettbewerb zwischen Notar:innen voranzutreiben, **fordern wir, dass die**
46 **Anzahl sowie die örtliche Lage der Notariatsstellen nicht länger staatlich**
47 **vorgegeben werden.** Alle, die die Voraussetzungen für die Ernennung als Notar:in
48 erfüllen, sollen eine Notariatsstelle antreten und – unabhängig vom Ort – auch
49 eine Notariatskanzlei eröffnen können. Die Bildung von Notar-Partnerschaften
50 soll außerdem nicht länger von der Genehmigung durch die lokale Notariatskammer
51 abhängen.

52 **Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in den**
53 **Notariatskammern.** Notar:innen sollen frei entscheiden können, ob und welcher
54 Interessenvertretung sie sich anschließen – ohne Zwangsmitgliedschaft und ohne
55 verpflichtende Kammerbeiträge.

56 **Das Notariatswesen soll innerhalb der Europäischen Union möglichst harmonisiert**

57 **werden**, um grenzüberschreitende notarielle Dienstleistungen zu erleichtern und
58 zu standardisieren.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Julian Pfurtscheller, Rafael Fiechter, Felix Rovagnati, Georg Satzinger, Aleyna Dasdemir, Florian Luxner*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Allgemeine Anträge*

A4: Südtirol – Ein europäisches Vorbild für Österreichs Außenpolitik

Antragstext

1 Einleitung

Südtirol zeigt, wie Minderheitenschutz, kulturelle Vielfalt und grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktionieren können.

Das Autonomiestatut, die Schutzfunktion Österreichs im Pariser Vertrag von 1946 und die erfolgreiche Entwicklung der Europaregion Tirol–Südtirol–Trentino (Euregio) belegen, dass Konflikte durch Dialog, nicht durch Grenzverschiebungen, gelöst werden.

Österreich und JUNOS braucht eine klare außenpolitische Haltung, die dieses Modell anerkennt, stärkt und europaweit sichtbar macht.

1. Österreichische Außenpolitik: Klar und proeuropäisch

Südtirol ist kein innenpolitischer Spielball, sondern eine gemeinsame europäische Erfolgsgeschichte.

Österreich soll diese Geschichte als Beispiel für friedliche Konfliktlösung offensiv vertreten und jede Form nationalistischer „Heimholung“-Forderungen klar zurückweisen.

Forderungen

- Die Bundesregierung bekräftigt regelmäßig, dass Österreichs Rolle Schutz und Partnerschaft bedeutet – nicht Gebietsanspruch.
- Österreich bringt die Südtirol-Autonomie als Best-Practice-Modell in EU- und UNO-Foren ein.

21 **2. Euregio als Vorbild**

22 Die Euregio zeigt, dass regionale Zusammenarbeit über Grenzen hinweg Wohlstand
23 und Frieden schafft.

24 Ihre Projekte in Mobilität, Bildung und Umwelt können als Blaupause für andere
25 Grenzregionen Europas dienen.

26 **Forderungen**

- 27 • Das Außenministerium fördert die Euregio gezielt als europäisches
28 Referenzmodell für Minderheitenrechte und regionale Kooperation.
- 29 • Unterstützung von EU-Programmen, die vergleichbare Regionen vernetzen.

30 **3. Multikulturalismus als Stärke**

31 In Südtirol leben deutsche, italienische und ladinische Sprachgruppen
32 gleichberechtigt zusammen.

33 Diese gelebte Mehrsprachigkeit zeigt, dass kulturelle Vielfalt kein Risiko,
34 sondern ein Gewinn ist.

35 **Forderungen**

- 36 • Österreich wirbt auf europäischer Ebene für Mehrsprachigkeit und
37 Minderheitenschutz nach Südtiroler Vorbild.
- 38 • Förderung von Kultur- und Bildungsprojekten, die Mehrfachidentitäten
39 stärken.

40 **4. Klare Absage an Nationalismus**

41 Nationalistische Parolen lösen keine Probleme.

42 Nur enge Zusammenarbeit zwischen Wien, Rom, Bozen, Trient und Brüssel garantiert
43 Frieden und Wohlstand.

44 **Forderungen**

- 45 • Österreichische Politik und Diplomatie treten jeder nationalistischen
46 Vereinnahmung, zum Thema Südtirol, konsequent entgegen.

- 47
- Keine öffentliche Förderung für Organisationen, die Abgrenzung oder
- 48
- ethnische Überlegenheitsideen verbreiten.

49

Quellen (Auswahl)

- 50
- Pariser Vertrag 1946 –
- 51
- [https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Vertrag_\(S%C3%BCdtirol\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Vertrag_(S%C3%BCdtirol)),
- 52
- [https://assets-eu-01.kc-usercontent.com/61233281-10ab-0155-b35b-](https://assets-eu-01.kc-usercontent.com/61233281-10ab-0155-b35b-4a79363b5ead/e5e162e9-8277-4475-a1c7-5efbda75ad05/Pariser-Vertrag_1946.pdf)
- 53
- [4a79363b5ead/e5e162e9-8277-4475-a1c7-5efbda75ad05/Pariser-Vertrag_1946.pdf](https://assets-eu-01.kc-usercontent.com/61233281-10ab-0155-b35b-4a79363b5ead/e5e162e9-8277-4475-a1c7-5efbda75ad05/Pariser-Vertrag_1946.pdf)
- 54
- Autonomiestatut Südtirol 1972 –
- 55
- <https://de.wikipedia.org/wiki/S%C3%BCdtirol-Autonomiestatut>
- 56
- Europaregion Tirol–Südtirol–Trentino –
- 57
- <https://www.euoparegion.info/en/euregio/about-us/vision/>

ANTRAG

Antragsteller*in: *Johannes Sablatnig, Victoria Korbiel, Simon Kern, Alexander Weyrosta*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Allgemeine Anträge*

A5: Freie Fahrt auf der letzten Meile

Antragstext

1 Die letzte Meile ist ein zentraler Teil moderner Mobilität. Ob E-Scooter, E-
2 Bike, Sharing-Dienste oder autonome Shuttle-Systeme – sie alle tragen dazu bei,
3 den Verkehr effizienter, umweltfreundlicher und individueller zu gestalten. Eine
4 liberale Verkehrspolitik vertraut auf Eigenverantwortung, Aufklärung und
5 Innovation anstatt auf Zwang und Bevormundung. Bürger:innen sollen frei
6 entscheiden können, wie sie sich fortbewegen – ohne dass der Staat unnötig
7 eingreift oder bevormundet.

8 Wir JUNOS sprechen uns daher für innovative, vielfältige und
9 eigenverantwortliche Lösungen im Bereich der letzten Meile im Verkehr ein. Dabei
10 soll stets der Fokus auf Freiheit, technologischer Offenheit, Aufklärung und
11 Eigenverantwortung liegen – und nicht auf zusätzlichen Regulierungen oder
12 Zwangsmaßnahmen wie etwa Helmpflichten oder übermäßige Zulassungsbeschränkungen.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Julian Fritsch, Susanna Riedlsperger*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Allgemeine Anträge*

A6: Vom Schneiderlein und den siebenundzwanzig Zollstuben

Antragstext

1 Es war einmal ein Schneiderlein in einem kleinen Orte mitten in Europa. Es nähte
2 feine Hemden, warme Mäntel und ehrbare Gewänder, wie sie weit und breit niemand
3 besser zu fertigen wusste. Das Schneiderlein arbeitete fleißig von früh bis
4 spät, und seine Kundschaft war zufrieden und pries seine Kunst.

5 Anfangs kamen die Leute nur aus den Nachbardörfern. Doch bald sprach sich die
6 gute Arbeit herum. Menschen aus fernen Städten sandten Briefe und baten das
7 Schneiderlein, ihnen seine Waren zu schicken. Da freute sich das Schneiderlein
8 und sprach:

9 „Ist Europa nicht ein gemeinsamer Markt? So will ich meine Waren auch jenseits
10 der Berge und Flüsse verkaufen.“

11 Also packte es seine Gewänder sorgsam in Schachteln, verschnürte sie mit Band
12 und sandte sie hinaus in die Welt.

13 Doch als das erste Paket die Grenze zum Nachbarreiche überschreiten sollte,
14 traten ihm die Bürokraten entgegen.

15 Der erste hob den Finger und sprach: „Du musst einen Bevollmächtigten benennen!“

16 Der zweite entrollte eine lange Liste und sprach: „Du musst deine Verpackung
17 lizenzieren!“

18 Der dritte schüttelte einen schweren Beutel und sprach: „Du musst Gebühren
19 entrichten und Register führen!“

20 Und der vierte trat hervor mit Siegel und Pergament und sprach: „Ohne

21 beglaubigte Vollmacht bleibt dir die Grenze verschlossen.“

22 Illustration zum Antrag

23 Da erschrak das Schneiderlein. Denn obwohl es nur wenige Pakete im Jahr
24 verschickte, sollte es hunderte Goldstücke bezahlen, ehe auch nur ein einziges
25 Hemd seinen Käufer erreichte.

26 Und wohin das Schneiderlein seine Waren auch sandte, überall erwarteten sie neue
27 Vorschriften und neue Pflichten.

28 Hier verlangte man besondere Zeichen auf den Schachteln, dort eigene Register
29 und Listen. An manchem Orte mussten neue Meldungen abgegeben, an anderem neue
30 Formulare ausgefüllt werden.

31 Überall wachten andere Schreiber über andere Regeln, und ein jeder führte sein
32 eigenes Siegel und seine eigene Ordnung. Und jeder Schreiber sprach: „So sind
33 halt unsere Regeln.“

34 So verbrachte das Schneiderlein bald mehr Zeit mit Pergamenten und Amtsstuben
35 als mit Nadel, Faden und Stoff.

36 Da setzte sich das Schneiderlein nieder und weinte bitterlich.

37 Denn große Handelshäuser mit tausend Wagen und Millionen Paketen schickten ihre
38 Rechtskundigen voraus und konnten die Kosten auf unzählige Sendungen verteilen.
39 Das kleine Schneiderlein aber musste an jedem Schlagbaum erneut bezahlen.

40 So geschah es, dass nicht Fleiß, Erfindergeist oder gute Arbeit über Erfolg
41 entschieden, sondern wer sich die meisten Schreiber und Rechtskundigen leisten
42 konnte.

43 Und währenddessen kamen große Schiffe aus fernen Ländern über das Meer. Ihre
44 Händler überschwemmen die Märkte Europas mit billiger Ware, oft ohne, dass
45 jemand ihre Pakete genau prüfte.

46 Da sprach das Schneiderlein: „Man versprach uns einst einen europäischen
47 Binnenmarkt, der Grenzen abbaut. Doch nun stehen siebenundzwanzig Zollstuben im
48 Wege, jede mit eigenen Regeln, eigenen Abgaben und eigenen Formularen.“

49 Und die Kunde ging durchs Land, dass gar neue Paketsteuern geplant seien, sodass
50 selbst der letzte ehrbare Händler den Versand scheuen müsse.

51 Da versammelten sich die Jungen liberalen NEOS und sprachen:

52 Europa soll wieder ein Raum der Freiheit, des Handels und des einfachen
53 Austauschs werden.

54 Darum dürfen Vorschriften über Verpackungen und Versand nur dort bestehen, wo
55 sie den Handel vereinfachen und den Menschen dienen. Wo sie aber nur neue
56 Formulare, Register und Lasten hervorbringen, sollen sie ersatzlos aufgehoben
57 werden.

58 Darum sollen nationale Sonderregeln und widersprüchliche Kennzeichnungspflichten
59 fallen, damit der Binnenmarkt seinem Namen wieder gerecht wird.

60 Darum braucht es eine De-minimis-Regelung für kleine Händler und
61 Gelegenheitsversender, damit wenige Pakete nicht zu unverhältnismäßiger
62 Bürokratie führen und denselben Pflichten unterliegen wie Unternehmen mit
63 hunderttausenden Sendungen im Jahr.

64 Darum muss geltendes Recht auch gegenüber jenen durchgesetzt werden, die ihre
65 Waren aus fernen Ländern nach Europa senden, statt den heimischen kleinen
66 Händlern immer neue Lasten aufzubürden.

67 Und darum darf ehrbarer Handel nicht durch neue Paketsteuern und Versandabgaben
68 weiter erschwert werden.

69 Denn nicht die Größe eines Unternehmens soll über dessen Chancen entscheiden,
70 sondern die Qualität seiner Ideen und Produkte sowie seine Leistungsfähigkeit.

71 Und wenn Europa seine vielen Schlagbäume niederreißt, dann kann vielleicht auch
72 das kleine Schneiderlein wieder mutig seine Waren in alle Länder senden.

73 Und wenn die Last der Vorschriften nicht schwerer geworden ist als seine Waren,
74 dann handelt es noch heute.

ANTRAG

Antragsteller*in: Julian Fritsch

Tagesordnungspunkt: 12.3 Allgemeine Anträge

A7: Wohlstand willkommen heißen

Antragstext

1 Der öffentliche Diskurs über Zuwanderung nach Österreich war in den vergangenen
2 Jahren stark von irregulärer Migration und den damit verbundenen
3 Herausforderungen geprägt. Dabei gerät zunehmend aus dem Blick, dass Zuwanderung
4 auch eine enorme Chance für Wohlstand, Innovation und wirtschaftlichen
5 Fortschritt sein kann.

6 Österreich braucht dabei nicht nur qualifizierte Arbeitskräfte, sondern auch
7 mehr privates Kapital, mehr Unternehmensgründungen, mehr Investitionen in
8 unseren Wirtschaftsstandort und mehr international vernetzte Unternehmer:innen,
9 die Arbeitsplätze schaffen.

10 Viele Staaten innerhalb und außerhalb Europas werben deshalb bereits gezielt um
11 Personen, die bereit sind, vor Ort zu investieren und wirtschaftliche
12 Verantwortung zu übernehmen. Zu diesem Zweck haben zahlreiche Länder sogenannte
13 „Residence-by-Investment“-Programme geschaffen, die Drittstaatsangehörigen bei
14 substanziellen wirtschaftlichen Investitionen eine Aufenthaltsberechtigung
15 ermöglichen.

16 Wir Junge liberale NEOS – JUNOS fordern, dass auch Österreich ein modernes,
17 transparentes und rechtsstaatliches „Residence-by-Investment“-Programm für
18 Investor:innen aus Drittstaaten schafft.

19 Dieses Programm soll Personen offenstehen, die:

- 20 • mindestens 500.000 Euro in österreichische Unternehmen, Forschung und
21 Infrastruktur investieren;
- 22 • strenge Geldwäsche- und Sicherheitsprüfungen bestehen, die legale Herkunft

23 ihrer Mittel nachweisen können und keinen internationalen Sanktionen
24 unterliegen;

- 25 • ihren Lebensunterhalt dauerhaft eigenständig finanzieren können und keinen
26 Anspruch auf österreichische Sozialleistungen begründen.

27 Das Programm soll gezielt produktive Investitionen fördern. Reine
28 Immobilienkäufe ohne zusätzlichen volkswirtschaftlichen Nutzen dürfen daher
29 nicht zu einer Aufenthaltsberechtigung führen. Die Aufenthaltsberechtigung soll
30 zudem an den Fortbestand der zugrunde liegenden Investition geknüpft sein und
31 widerrufen werden können, wenn Investitionen nur zum Schein erfolgen oder
32 kurzfristig wieder abgezogen werden.

33 Ziel darf ausdrücklich nicht der Verkauf der Staatsbürgerschaft sein, sondern
34 die gezielte Ansiedlung wirtschaftlich aktiver Menschen mit langfristigem
35 Interesse am Standort Österreich. Einen Handel mit Staatsbürgerschaften lehnen
36 wir klar ab.

37 Ein „Residence-by-Investment“-Programm kann attraktive wirtschaftliche
38 Rahmenbedingungen selbstverständlich nicht ersetzen, sondern nur ergänzen.
39 Österreich muss weiterhin daran arbeiten, die Steuer- und Abgabenlast zu senken,
40 Bürokratie abzubauen und ein Land zu werden, in dem sich Leistung, Risiko und
41 Unternehmertum lohnen.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Paul Klesnar, Erik Baldassari, Johannes Denner, Florian Wolf, Tim Hartmann, Valentina Wimmer, Matthias Glöckl, Alexander Rupp, Pia Schwarz*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Allgemeine Anträge*

A8: Schluss mit Realitätsverweigerung: Europäische Solidarität statt falsche Neutralität

Antragstext

1 Österreichs Verteidigungspolitik hat drängende Probleme in der
2 Landesverteidigung entweder jahrelang vernachlässigt oder schlichtweg ignoriert.
3 Wenn Debatten über die Landesverteidigung geführt wurden, dann meist nur im
4 Zusammenhang mit der Wehrpflicht - dabei zeigt die aktuelle geopolitische Lage,
5 dass Aspekte wie hybride Kriegsführung, Luftverteidigung und Zusammenarbeit in
6 der EU zentral für unsere Sicherheit sind. Diese drei Aspekte sollen in diesem
7 Antrag behandelt werden – ein Beitritt Österreichs in der NATO wird dabei nicht
8 beleuchtet.

1. Österreich ist bei der Verteidigung auf andere Staaten angewiesen

11 Österreich ist laut Einschätzungen des Bundesheers nicht in der Lage, sich
12 allein nachhaltig gegen einen Angriff zu verteidigen – das militärstrategische
13 Konzept aus dem Jahr 2017 ist diesbezüglich sehr deutlich: *Mit den bisherigen*
14 *finanziellen und personellen Ressourcen ist das ÖBH nur zu einer ersten, aber*
15 *nicht nachhaltigen Abwehr konventioneller Angriffe befähigt. Die finale Abwehr*
16 *inklusive der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität von konventionellen*
17 *Angriffen ist **nur durch das Eingreifen der internationalen Staatengemeinschaft***
18 ***möglich.*** [\[1\]](#) Gleichzeitig wird Österreich bei keiner Gelegenheit müde zu betonen,
19 dass wir neutral sind und im Angriffsfall unsere EU-Partnerstaaten militärisch
20 nicht unterstützten werden – doch wer wird gewillt sein uns militärisch zu
21 helfen, wenn wir im Gegenzug nicht dieselbe Bereitschaft zeigen? **Das ist ein**
22 **Problem** – JUNOS fordert zurecht ein Ende der österreichischen Neutralität. [\[2\]](#)

2. Die aktuelle Bedrohungslage betrifft Österreich unmittelbar

Im aktuellen Risikobild des Bundesheers schreibt Franz Stefan Gady davon, dass *im Falle eines Krieges zwischen Russland und der NATO auch Österreich zum Ziel [...] von Angriffen mit Marschflugkörpern, ballistischen Raketen und Drohnen werden würde*, weil Österreich in einer strategisch wichtigen Lage ist.^[3] Gleichzeitig fehlt es uns in diesem Bereich an Fähigkeitslücken, vor allem bei der Abwehr von Marschflugkörpern^[4] – dabei sind diese Waffensysteme aufgrund der aktuellen Lage im Iran knapp.^[5] **Das ist ein Problem.**

Ebenso im Risikobild beschrieben: Österreich ist das Ziel hybrider Angriffe Russlands^[6], und wird im Ernstfall auch zum Ziel russischer Sabotageaktionen.^[7] Auch Cyberangriffe auf Österreich – etwa die Energieinfrastruktur – sind nicht auszuschließen. Gleichzeitig hat JUNOS schon vor Jahren gewarnt, dass Österreich als „Flugzeugträger“ russischer, geheimdienstlicher Aktivitäten gilt, und dies endlich ein Ende haben muss.^[8] **Das ist ein Problem.**

3. Österreich kann enorme Verteidigungsaufwände nicht allein stemmen

Obwohl das österreichische Verteidigungsbudget von knapp 2 Mrd. Euro im Jahr 2015 auf über 5 Mrd. Euro im Jahr 2026 gewachsen ist,^[9] werden diese Anstrengungen nicht ausreichen, damit Österreich allein verteidigungsfähig wird. Der Grund ist simpel: Um auf einen Konflikt vorbereitet zu sein braucht es vieles, von ausreichend Versorgungsgütern, Munition, Waffen, gut ausgebildeten Reservisten, Zugang zu HighTech-Diensten wie Satellitenkommunikation und -navigation, technische Expertise, Infrastruktur, und das alles auf einem Stand der Technik, der mit den Innovationen, die der Ukrainekrieg aktuell tragischerweise hervorbringt, mithalten zu können. Selbst für große Staaten wie Deutschland, welche seit 2022 im Verteidigungsbereich große Anstrengungen unternommen haben, ist es eine Mammutaufgabe, bis 2029 laut Verteidigungsminister Boris Pistorius kriegstüchtig zu sein^[10] – für kleine Staaten wie Österreich, welche Skaleneffekte nicht ausnützen können und jeden Euro im Budget umdrehen müssen, ist dies nochmals schwerer. **Das ist ein Problem.**

4. Österreich muss die Probleme im Verteidigungsbereich endlich angehen

Eine Debatte, ob der Wehrdienst um ein, zwei oder drei Monate länger dauern

58 soll, kann Österreichs dringende Probleme im Umgang mit Neutralität, EU-
59 Beistandspflicht, der Ausrüstung des Bundesheers oder russischer Sabotage bei
60 weitem nicht lösen. Liberale Verteidigungspolitik bedeutet, unangenehme Debatten
61 nicht zu scheuen und nicht einfach die Versäumnisse der letzten Jahre an die
62 Jugend weiterzugeben. Für JUNOS ist klar: **Wenn wir wirklich verteidigungsfähig**
63 **sein wollen, muss Österreich seine verteidigungspolitischen Hausübungen in**
64 **der EU und zuhause erledigen.**

65 Österreich ist allein nicht in der Lage, sich für längere Zeit gegen einen
66 Angriff zu verteidigen. **Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass Österreich**
67 **im Kriegsfall zuverlässige Unterstützung und militärischen Beistand erhält.** Aus
68 Sicht von JUNOS muss folgendes getan werden:

- 69 • Die Bundesregierung muss gegenüber der EU-Kommission und den EU-
70 Mitgliedsstaaten den eigenen Beitrag – wirtschaftlich, humanitär und
71 militärisch – im Fall eines Angriffs auf ein EU-Mitglied ausformulieren,
72 wie es die EU-Kommissionspräsidentin[\[11\]](#), der deutsche Bundeskanzler[\[12\]](#)
73 und zuletzt unsere Außenministerin[\[13\]](#) gefordert hat.
- 74 • „Österreichs Verteidigung beginnt an der EU-Außengrenze“ – die
75 Bundesregierung muss sich klar bekennen, dass im Fall der Aktivierung der
76 Solidaritätsklausel 42/7 durch einen EU-Mitgliedsstaat auch eine
77 militärische Unterstützung durch Österreich erfolgen kann, wenn dies
78 erbeten wird.
- 79 • Österreich muss aktiv an der Schaffung und Weiterentwicklung einer
80 Europäischen Verteidigungsunion mit anderen willigen Mitgliedsstaaten
81 beteiligt sein. Dies inkludiert unter anderem:
 - 82 ◦ eine gemeinsamen Beschaffungsagentur,
 - 83 ◦ ein Prinzip der europäischen Präferenz bei Waffenkäufen,
 - 84 ◦ strukturelle Koordinierung und Interoperabilität beim Ausbau von
85 militärischen Fähigkeiten und
 - 86 ◦ klare militärische Beistandsverpflichtungen – auch für neutrale
87 Mitgliedsstaaten (Solidarität vor Neutralität).
- 88 • Die Handlungsfähigkeit einer Europäischen Verteidigungsunion darf weder
89 durch verpflichtende Einstimmigkeit noch durch Neutralität eingeschränkt
90 werden.
- 91 • Ein Ende der Einzelfallprüfung[\[14\]](#) für jeden Militärtransport eines EU-
92 Landes durch Österreich – unser Land muss im Verteidigungsfall ein

93 zuverlässiges Transitland sein.

94 • Eine Änderung des Kriegsmaterialgesetzes: Der Export von Waffensystemen
95 oder deren Komponenten an kriegführende Staaten muss möglich sein, wenn es
96 sich dabei um einen EU-Staat handelt oder einen Staat, welcher von der EU
97 militärisch unterstützt wird, wie im Fall der Ukraine. Nur so kann
98 Österreich auch Teil eines europäischen Binnenmarkts für Verteidigung
99 werden.

100 ◦ Für Unternehmen aus der EU ist es unsicher, ob österreichische
101 Unternehmen im Konfliktfall kritische Komponenten liefern dürfen,
102 die für das Funktionieren ihrer Waffensysteme zentral sind. Durch
103 diese Unsicherheiten vermeiden andere Unternehmen die Zusammenarbeit
104 im Verteidigungsbereich mit Unternehmen in Österreich.

105 • Was an kriegführende Staaten geliefert werden darf, und was nicht, ist oft
106 unklar – so beteiligt sich die Republik Österreich an gemeinsamen
107 Missionen und die Finanzierung von Entminung, gleichzeitig dürfen
108 heimische Unternehmen wie Schiebel jedoch entsprechendes Gerät nicht
109 liefern.[\[15\]](#)

110 • Die Prüfung von zusätzlichen Kooperationsmöglichkeiten mit anderen
111 europäischen Ländern in der Luftverteidigung durch die Bundesregierung. Da
112 das Bundesheer über Fähigkeitslücken in der Luftverteidigung verfügt, muss
113 die Bundesregierung prüfen, ob sich bei der Beschaffung von Waffensystemen
114 Synergien mit Nachbarstaaten (etwa mit der Schweiz[\[16\]](#)) oder andere
115 Möglichkeiten der gemeinsamen Luftverteidigung ergeben.

116 • Österreichs vollständiger Beitritt zu Sky Shield – auch bei operativen
117 Maßnahmen – damit das Bundesheer Teil eines gemeinsamen europäischen
118 Prozederes bei der Überwachung, Identifizierung und Abwehr von
119 Luftangriffen sein kann.

120 • Eine Verschärfung der Gesetze gegen Spionage sowie eine Ausweisung des
121 gesamten russischen technischen Botschaftspersonals, um die zunehmende
122 Spionage Russlands in Österreich[\[17\]](#) einen Riegel vorzuschieben. Dazu
123 gehört auch, dass Spionage zum Nachteil von Drittstaaten und
124 internationalen Organisationen strafbar sein muss.[\[18\]](#)

125 • Professionalisierung vorantreiben: Durch die Attraktivierung der
126 Einjährig-Freiwillig-Ausbildung sowie durch die Stärkung der Miliz mit
127 besserer Ausrüstung, mehr Übungen und klaren Anreizsystemen für den

128 Beitritt.

129 [\[1\]BMLV](#): Militärstrategisches Konzept, 2017

130 [\[2\]JUNOS](#): Am Tisch statt auf der Speisekarte – NATO-Beitritt Österreichs für
131 Frieden und Sicherheit!, 27.10.2024

132 [\[3\]BMLV](#): Risikobild 2026,26.01.2026; Seite 185

133 [\[4\]News](#): Im Kriegsfall: Österreich ist nur bedingt einsatzbereit, 13.03.2025

134 [\[5\]The Washington Post](#): Pentagon considers diverting Ukraine military aid to the
135 Middle East, 26.03.2026

136 [\[6\]Der Standard](#): Rüstungschef: Österreich "in vier von fünf Domänen" bereits in
137 Russlands Ukrainekrieg involviert, 24.09.2025

138 [\[7\]BMLV](#): Risikobild 2026, 26.01.2026; S. 185

139 [\[8\]JUNOS](#): Schluss mit dem gallischen Dorf – Echte Unterstützung für die Ukraine,
140 08.08.2023

141 [\[9\]Militär aktuell](#): Bundesheer: Budget wächst 2025 und 2026 weiter,14.05.2025

142 [\[10\]Deutscher Bundestag](#): Boris Pistorius: Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig
143 sein, 05.06.2024

144 [\[11\]Handelsblatt](#): Von der Leyen stellt EU-Beistandsklausel in den Fokus,
145 14.02.2026

146 [\[12\]Friedrich Merz](#): Unsere Freiheit behaupten wir mit unseren Nachbarn, 13.
147 Februar 2026; Zitat: „Wir müssen nun ausbuchstabieren, wie wir dies europäisch
148 organisieren wolle - nicht als Ersatz für die NATO, sondern als einen
149 selbsttragenden, starken Pfeiler innerhalb des Bündnisses.“

150 [\[13\]Die Presse](#): Was macht Österreich im EU-Kriegsfall? Meinl-Reisinger verlangt
151 Klärung, 17.02.2026

152 [\[14\]ÖÖ Nachrichten](#): Bundesheer: Rund 5.000 Militärtransporte durch Österreich im
153 Jahr 2025, 25.01.2026

154 [\[15\]Profil](#): Österreichs Dilemma: Minensuchdrohnen 'Made in Austria' dürfen nicht
155 in die Ukraine 10.07.2024

156 [\[16\]Der Standard](#): Schweiz: Sozialdemokraten erwägen gemeinsame Luftwaffe mit
157 Österreich, 24.11.2025

158 [\[17\]Wien.orf.at](#): Russland-Spionage an mehreren Standorten, 13. 03 2026

159 [\[18\]JUNOS](#): Land der Berge, Land der Spione, 06.04.2024

ANTRAG

Antragsteller*in: *Silvio Junger, Tim Hartmann, Oliver Höller*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Allgemeine Anträge*

A9: Grenzen abbauen, Zukunft aufbauen: Für ein Ende der Binnengrenzkontrollen

Antragstext

1 Seit 2015 haben mehrere europäische Staaten an ihren Schengen-Binnengrenzen
2 wieder Kontrollen eingeführt. Nach aktuellem Stand führen neben Österreich auch
3 Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Dänemark, Norwegen, Polen,
4 und Schweden temporäre Binnengrenzkontrollen durch.¹ Was ursprünglich eine
5 kurzfristige Ausnahme sein sollte, ist in vielen Ländern zum Dauerzustand
6 geworden. Das gefährdet die Grundidee der europäischen Integration:
7 Reisefreiheit und einen grenzenlosen Binnenmarkt.

8 Österreich kontrolliert weiterhin an den Schengen-Binnengrenzen zu Tschechien,
9 der Slowakei, Ungarn und Slowenien. Die aktuelle Notifizierung läuft bis 15.
10 September 2026; zusätzlich hat das Innenministerium Mitte Juni 2026 die
11 Grenzraumkontrollen in Richtung dieser vier Nachbarstaaten erneut um drei Monate
12 verlängert.² Damit wird aus einer Ausnahme faktisch eine Dauerpraxis.

13 Diese Kontrollen binden erhebliche Ressourcen. Laut Budgetdienst lagen die
14 unmittelbaren Kosten des BMI für Grenzmanagement und Grenzkontrollen in den
15 zuletzt detailliert ausgewiesenen Jahren zwischen 22,5 Mio. Euro (2020) und 62,6
16 Mio. Euro (2019). Für 2023 ging der Budgetdienst von rund 40 Mio. Euro für den
17 Grenzschutz durch das BMI und rund 50 Mio. Euro für den Assistenzeinsatz
18 Grenzschutz durch das Bundesheer aus.³ Dazu kommen Verzögerungen an
19 Grenzübergängen, Zusatzkosten für Unternehmen durch Staus und
20 Lieferverzögerungen sowie Belastungen für Pendler:innen in Grenzregionen.

21 Der Schengener Grenzkodex erlaubt Binnengrenzkontrollen nur in
22 Ausnahmesituationen, zeitlich begrenzt, notwendig und verhältnismäßig. Nach
23 längerer Anwendung braucht es außerdem detaillierte Risikoanalysen, regelmäßige
24 Berichte, und bei Kontrollen von mehr als zwölf Monaten auf derselben Grundlage
25 eine Stellungnahme der Kommission.⁴

26 Genau diese Stellungnahme liegt für Österreich seit 2. Juni 2026 vor. Die
27 Europäische Kommission hält darin fest, dass sich die Migrationslage in der EU
28 deutlich verbessert hat: Die unerlaubten Grenzübertritte auf der Westbalkanroute
29 gingen 2024 um 78 Prozent zurück, 2025 sanken unerlaubte Grenzübertritte in der
30 EU erneut um 41 Prozent, und in Österreich gingen die Erstanträge auf Asyl 2024
31 um 49 Prozent zurück. Zugleich kritisiert die Kommission, dass Österreich nur
32 begrenzt darlegt, warum Aufgriffe, Rückübernahmen, Terrorismus-, und
33 Schleusungsbekämpfung an den einzelnen Grenzabschnitten eine weitere
34 Verlängerung rechtfertigen.⁵

35 Schleusungskriminalität und Sicherheitsrisiken lassen sich wirksamer durch
36 intelligente, mobile Kontrollen im Hinterland, gezielte Ermittlungen, gemeinsame
37 Streifen, Polizeikooperation, Europol- und Frontex-Zusammenarbeit sowie moderne
38 EU-Instrumente bekämpfen. Der EU-Migrations- und Asylpakt gilt seit 12. Juni
39 2026, das Entry/Exit System ist seit 10. April 2026 vollständig in Betrieb, und
40 das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem ETIAS wird im letzten
41 Quartal 2026 starten.⁶ Diese Entwicklungen sprechen dafür, europäische
42 Außengrenzen, Asylverfahren, Rückkehr, Datenabgleich, und grenzüberschreitende
43 Polizeiarbeit zu stärken, statt Binnengrenzkontrollen zu normalisieren.

44 **Wir Junge liberale NEOS - JUNOS fordern daher:**

- 45 • Die österreichische Bundesregierung soll die Grenzkontrollen an den
46 Schengen-Binnengrenzen zu Tschechien, der Slowakei, Ungarn, und Slowenien
47 spätestens mit Ablauf der aktuellen Notifizierung am 15. September 2026
48 auslaufen lassen und nicht erneut verlängern.

- 49 • Bis dahin soll sie eine transparente Evaluierung der bisherigen Kontrollen
50 veröffentlichen: Kosten, Personalbindung, Aufgriffe, Rückübernahmen,
51 Schleusungsfälle, Wartezeiten, und Auswirkungen auf Pendler:innen und
52 Unternehmen - jeweils nachvollziehbar nach Grenzabschnitten.

- 53 • Anstelle stationärer oder faktisch dauerhafter Binnengrenzkontrollen
54 sollen mobile, risikobasierte Kontrollen im Grenzraum und Hinterland,
55 gemeinsame Streifen mit Nachbarstaaten, Polizeikooperationszentren,
56 gezielte Ermittlungen gegen Schleusungsnetzwerke, und die neuen EU-
57 Instrumente konsequent genutzt werden.

- 58 • Österreich soll sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass auch
59 andere Schengen-Staaten ihre Binnengrenzkontrollen schrittweise beenden
60 und die Kommissionsempfehlungen zur Rückkehr zu einem funktionsfähigen
61 Schengen-Raum umsetzen.

- 62
- Der europäische Fokus muss auf einer gemeinsamen, effektiven und
- 63 grundrechtskonformen Kontrolle der Schengen-Außengrenzen, einem
- 64 funktionierenden EU-Asylsystem, schneller Rückkehr bei fehlendem
- 65 Schutzanspruch, und enger Sicherheitskooperation liegen – damit Sicherheit
- 66 und Reisefreiheit gleichermaßen gewährleistet werden.

67 Quellen

68 ¹ Europäische Kommission, Temporary Reintroduction of Border Control, aktuelle

69 Tabelle. [https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

70 [area/temporary-reintroduction-border-control_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

71 ² BMI, Entschlossenes Vorgehen gegen die Schleppermafia - massive Reduktion

72 illegaler Migration fortgesetzt, 14. Juni 2026.

73 <https://www.bmi.gv.at/news4652.html?id=486e4d772b30712f3373383d>

74 ³ Parlamentarischer Budgetdienst, Budgetäre Auswirkungen der Migrationswelle

75 2022, 31. Oktober 2023.

76 [https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-](https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-Budgetaere-Auswirkungen-der-Migrationswelle-2022.pdf)

77 [Budgetaere-Auswirkungen-der-Migrationswelle-2022.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-Budgetaere-Auswirkungen-der-Migrationswelle-2022.pdf)

78 ⁴ Europäische Kommission, Rechtsgrundlagen und Verfahren zur temporären

79 Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen. [https://home-](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

80 [affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

81 [border-control_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

82 ⁵ Europäische Kommission, Stellungnahme C(2026) 3560 final zu Österreich, 2.

83 Juni 2026. [https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/0a34a42d-ed2e-](https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/0a34a42d-ed2e-4efc-ae3-01e59b929552_en)

84 [4efc-ae3-01e59b929552_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/0a34a42d-ed2e-4efc-ae3-01e59b929552_en)

85 ⁶ Europäische Kommission, EES/ETIAS und Umsetzung des Migrations- und Asylpakts.

86 https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/smart-borders_en

ANTRAG

Antragsteller*in: *Christoph Perner, Johannes Putthapong, Marvin Feigl, Philipp Gruber, Johannes Hubeny, David Schmid*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Allgemeine Anträge*

A10: Respekt statt Gleichgültigkeit: Mehr Bürgerbewusstsein für ehrenamtliche Einsatzkräfte

Antragstext

Begründung:

In Österreich ist es gelebte Tradition, sich ehrenamtlich zu engagieren. Laut dem vierten Freiwilligenbericht des BMSGPK erhob die Statistik Austria im Jahr 2022, dass knapp die Hälfte (49,4%) der Bevölkerung ab 15 Jahren in Österreich Freiwilligentätigkeit leistet, d.s. rund 3,73 Mio. Personen. (Freiwilliges Engagement in Österreich 2022, 2023)

Das Ehrenamt prägt die Kulturlandschaft und somit auch unser tägliches Leben. Im Bereich der formellen freiwilligen Tätigkeit bei Einsatzorganisationen wie Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienste und Bergrettung genießen diese auch ein hohes Vertrauen der Zivilbevölkerung, was sich auch in der hohen Akzeptanz dieser Organisationen widerspiegelt.

Ehrenamtliche verfügen über große Zivilcourage, Flexibilität, Zusammenhalt und Hilfsbereitschaft und meistern in einem immer größer werdenden Ausmaß (Österreichischer Bundesfeuerwehrverband, 2015) freiwillig übernommene Pflichten neben Ausbildung, Beruf und Familie.

Die hohe Sozialkompetenz und das Miteinander, welches seit Generationen in den Freiwilligenorganisationen gelebt werden, bringt Menschen unterschiedlichster Herkunft und aus verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammen. Geselligkeit und Zusammenhalt werden im formellen als auch im informellen Bereich hochgehalten. Dies wird beispielsweise bei Ausflügen und sportlichen Aktivitäten gelebt. Vor allem bei den Einsatz- und Hilfsorganisationen ist dies von großer wesentlich, um eine reibungslose zwischenmenschliche Zusammenarbeit bei den

23 Einsätzen zu gewährleisten.

24 Viele Bereiche unseres täglichen Umfeldes sind ohne ehrenamtliches Engagement
25 kaum oder gar nicht finanzierbar. Die Kosten einer vollkommenen Verberuflichung
26 ehrenamtlicher Tätigkeiten, allen voran in den Einsatzorganisationen, würde den
27 österreichischen Staatshaushalt vor immense finanzielle Herausforderungen
28 stellen und gleichzeitig würde viel Qualität und Menschennähe ohne
29 ehrenamtliches Engagement verloren gehen.

30 Ohne Ehrenamt gäbe keine schnelle Freiwillige Feuerwehr und auch keinen
31 flächendeckenden Rettungsdienst in gewohnter Qualität.

32 Katastrophen und deren Aufarbeitung würden sich um Wochen und Monate verlängern
33 bzw. immense Mehrkosten im Bundeshaushalt verursachen.

34 Menschen, die sich ehrenamtlich bei Einsatzorganisationen engagieren, sehen sich
35 immer mehr mit Gewalt konfrontiert. Sei es in Form von Beschimpfungen oder gar
36 durch Körperverletzungen. Hier auch konkrete Zahlen zur Gewalt aus einer Studie
37 (im Jahr 2012 veröffentlichte Studie aus Deutschland - NRW - zur Gewalt gegen
38 Rettungskräfte):

39 Jedes Jahr erleben 98% der Studienteilnehmer_innen verbale Gewalt.

- 40 • Fast 6 von 10 Teilnehmer_innen hatten zum Zeitpunkt der Studie auch im
41 Jahr davor physische Übergriffe erlebt.

- 42 • Freiwillige im Rettungswesen sehen Mängel bei der Schulung zum Umgang mit
43 Gewalt in ihrer Ausbildung. Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen werden von
44 den Teilnehmern der Studie gefordert. Diese könnten auch durch einen
45 sicheren rechtlichen Rahmen, der die besondere Schutzwürdigkeit von
46 ehrenamtlich Engagierten unterstreicht, ein sinnvolles Mittel gegen die
47 Gewalt sein. Für näheres siehe: [https://www.unfallkasse-
48 nrw.de/fileadmin/server/download/PDF_2012/Gewalt_gegen_Rettungskraefte.pdf](https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/PDF_2012/Gewalt_gegen_Rettungskraefte.pdf)

49 Ein großes Problem stellen mittlerweile aber auch Schaulustige dar, welche die
50 Einsatzkräfte am Ort des Geschehens aus verschiedensten Motiven behindern und so
51 das Gefahrenpotenzial für Einsatzkräfte erhöhen. Uniform und Helferbonus sind
52 keine Garantie mehr, nicht selbst Opfer von Gewalt zu werden.

53 In der Bundespolitik wird in Reden gerne das Engagement im Ehrenamt gelobt, es
54 bleibt jedoch meist ein Lippenbekenntnis. Konkrete Forderungen der

55 Einsatzorganisationen werden dagegen selten gehört oder gar umgesetzt. Gerade
56 Einsatzorganisationen müssen stets schnell auf neue Umstände wie den Klimawandel
57 oder demografische Entwicklungen reagieren.

58 Längerfristige Planungen, auf zehn oder zwanzig Jahre, sind dagegen schwer
59 möglich, da sich Katastrophen (wie zum Beispiel Hochwasser, Starkregen,
60 Trockenheit, Schneechaos) mehrmals im Jahr wetterbedingt ereignen. Und nicht
61 zuletzt sorgte auch die SARS-Covid-19-Pandemie für erhebliche Belastungen für
62 die Einsatzorganisationen, vor allem bei der Bindung von Ehrenamtlichen. (Siehe:
63 [https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Herausforderungen-bei-der-Foerderung-
64 ehrenamtlicher-Taetigkeiten](https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Herausforderungen-bei-der-Foerderung-ehrenamtlicher-Taetigkeiten))

65 Technik sowie Geräte, welche man heute beschafft, können in wenigen Jahren
66 veraltet sein. Hier bedarf es einer Förderpolitik, welche zeitnah auf die
67 Anforderungen des Einsatzalltags reagiert, womit es dann ermöglicht wird, sich
68 effizient für künftige Herausforderungen zu rüsten.

69 **Beschluss:**

70 Der Bundeskongress der JUNOS - Junge liberale NEOS möge daher beschließen:

71 Wir setzen uns für einen besseren Schutz, eine höhere Anerkennung, eine
72 zielgerichtetere Förderung und langfristige Maßnahmen für den Erhalt der
73 ehrenamtlich fundierten Einsatzorganisationen ein. Dies soll passieren durch:

- 74 • Regelmäßige Studien zur Gewalt gegen Einsatzkräfte auch in Österreich (für
75 Vergleichbarkeit & Evaluation von Maßnahmen). Einerseits legislativ zum
76 besonderen Schutz der Schlagkraft von Einsatzorganisationen (s. unten) und
77 weitreichende Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche in
78 Einsatzorganisationen für Deeskalation und Konfliktmanagement.
- 79 • Erweiterung des Strafgesetzbuches um eine Zusatzziffer § 126. StGB
80 (Schwere Sachbeschädigung) bei Beschädigung, Vandalismus oder
81 Brandstiftung an der Infrastruktur.

82 Neu: “ (3) Wer mutwillig durch die Tat an der Sache, dessen Folge die
83 unwiederbringliche Inbetriebnahme von einzelnen Einrichtungen und Gerätschaften,
84 die dem Zweck der Gefahrenabwehr oder Erhaltung menschlichen Lebens dienen,
85 herbeiführt, ist mit einer Freiheitsstrafe mindestens sechs Monaten bis zu fünf
86 Jahren zu bestrafen.”

- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- Pensionsreform mit Anrechnung auf ehrenamtliche Arbeit. Ähnlich dem Vorbild aus Deutschland (Ehrenamt: Ihr Einsatz kann sich lohnen, 2026) soll sich auch in Österreich ehrenamtliches Engagement in der Pension bemerkbar machen. Denn wie oben dargestellt, sind es meist jüngere Bürger:innen, die sich einbringen und so im späteren Leben auch davon selbst profitieren.
- 93
- 94
- 95
- 96
- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- 103
- Entwicklung einer gemeinsamen Info-Kampagne des Innenministeriums mit dem Bundesverband Rettungsdienst, Bergrettungsdienst, Zivilschutzverband Österreich, Polizei und den Medien des ORF nach dem Vorbild aus Deutschland. Ziel der Kampagne ist es, Interessierte zu motivieren und Gewalt gegen Einsatzkräfte zu sensibilisieren. Siehe beispielsweise: <https://www.mehr-respekt.de/> Die Förderung des Ehrenamts darf und kann nicht allein die Aufgabe der Freiwilligenorganisationen selbst sein. Die ehrenamtlichen Einsatzorganisationen handeln im Allgemeininteresse und daher ist die Förderung des Ehrenamts - insbesondere die Motivierung und die Werbung für ehrenamtliches Engagement - eine (teil-) staatliche Aufgabe.
- 104
- 105
- 106
- 107
- Ausbau/Stärkung der Stellen zur Stressbewältigung und traumatischen Erlebnissen nach Einsätzen. Dem jetzt Großteils ehrenamtlich gestützten System soll zur Verkürzung von Wartezeiten und besserer Bedarfsdeckung mit Möglichkeiten von staatlicher Seite geholfen werden.
- 108
- 109
- 110
- 111
- 112
- 113
- 114
- Bekämpfung der Nachwuchssorgen. Um bei der Mitgliedergewinnung zu unterstützen, soll zum einen ein Besuch einer Organisation des Feuerwehr- und Rettungswesens sowie Katastrophenschutzes in den Unterrichtsplänen der Länder verankert werden, weiters treten wir für die Etablierung regionaler Strukturen (z. B. Ferienprogramme von Gemeinden ein), welche die Arbeit von freiwilligen Blaulichtorganisationen für Kinder & Jugendliche veranschaulichen und erlebbar machen.
- 115
- 116
- 117
- Vergünstigungen für Ehrenamtliche bei Nachweis der Tätigkeit durch Dienstaussweise o. ä. (z.B. vergünstigte Eintritte in Kommunalbetrieben wie Freibäder, Ermäßigung Klimaticket, Museen und Kulturstätten)

118 Steyr, am 03.07.2026

119 Quellen und Links sofern nicht im Fließtext vorhanden:

120 [https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Freiwilliges-](https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Freiwilliges-Engagement.html)
121 [Engagement.html](https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Freiwilliges-Engagement.html), abgerufen am 21.06.2025

122 [https://www.bundesfeuerwehrverband.at/2015/08/13/global-2000-wird-feuerwehr-zur-
klimawehr/](https://www.bundesfeuerwehrverband.at/2015/08/13/global-2000-wird-feuerwehr-zur-
123 klimawehr/), abgerufen am 21.06.2025

124 [https://www.bmi.bund.de/DE/themen/demokratie-gesellschaft/mehr-respekt/mehr-
respekt-node.html](https://www.bmi.bund.de/DE/themen/demokratie-gesellschaft/mehr-respekt/mehr-
125 respekt-node.html) abgerufen am 21.06.2025

126 [https://www.deutsche-
rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/national/ehrenamt_ihr_
_
einsatz_kann_sich_lohnen.html](https://www.deutsche-
127 rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/national/ehrenamt_ihr_
128 _
einsatz_kann_sich_lohnen.html), abgerufen am 21.06.2025